

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Wahlen in Hessen und Niedersachsen: Fünf-Parteien-System in der BRD? – S. 4*
- *Münchner Sicherheitskonferenz: Private Strategiediskussionen mit weitreichenden politischen Folgen – S. 7*
- *Vor den bayerischen Kommunalwahlen – S. 12*
- *Lohnbewegung für Beschäftigte beim Bund und den Kommunen: Verdi in der Verteidigung – S. 15*
- *Konferenz in Berlin: Perspektiven für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts – S. 19*

Ausgabe Nr. 2 am 14. Februar 2008, Preis 4,00 Euro



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT VIERWÖCHENTLICH

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, *Venloer Str. 440, 50825 Köln*. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Europaparlament: Dialog der Kulturen

www.europarl.eu/news.rog. Am 16. Januar sprach der syrische Großmufti Scheich Ahmad Badr aldin Hassun vor dem Europaparlament. Die Einladung des Europaparlaments erhält ihre Bedeutung vor allem vor dem Hintergrund des Kulturkampfes gegen die muslimische Welt und der anhaltenden Diskussionen um die Aufnahme der Türkei in die EU. Leider ist die Rede nicht veröffentlicht, aber die Webpage des Parlaments bietet immerhin ein Interview, in dem sich wohl die wesentliche Botschaft des Großmuftis wiederfindet. In seiner Rede hob der Großmufti hervor, die Menschheit teile eine Zivilisation und bedürfe des Dialogs der Kulturen. Dabei dient ihm die Trennung von Vernunft und Moralität für die Zuweisung der Aufgaben der Politik im Bereich des materiellen Lebens und der Kultur als Stifterin von Moral, deren Vielfalt der Zivilisation nutzen kann, wenn ein Dialog der Kulturen möglich wird.

„Ich habe gesagt, es gibt eine Zivilisation und viele Kulturen. Zivilisation ist wie ein Behältnis, in das alle Kulturen einfließen. Eine Kultur ist – sagen wir einmal: französisch oder deutsch, aber alle Kulturen fließen in ein gemeinsames Gefäß, welches die menschliche Kultur ist. Eine spirituelle Kultur, sei sie christlich oder muslimisch, gibt der Menschheit ihre moralische Dimension. Menschliche Zivilisation basiert auf Moralität und Vernunft. Vernunft ist der materielle Teil des Lebens, und Moralität schafft Liebe unter uns und verbindet Menschen mit Menschen als Brüder, kulturell und geistig. Deshalb können wir heute in einer Welt, die ein kleines Dorf geworden ist, von allen Kulturen profitieren und sie in einer Zivilisation zum Wohl alle zusammenbringen. Früher konnte man nur einen Prediger oder einen Gottesdienst in einem Gebetshaus in seiner Stadt anhören, Heute kann man Tausende von Fernsehkanälen empfangen, von denen jeder eine Kultur transportiert. Unsre Kinder können die ganze Welt hören. Der Dialog der Kulturen wir zu einem Weg des Glücks, ein Weg der uns wegführt vom Konflikt. Wir können also nicht Krieg führen für eine Zivilisation oder eine Kultur, sondern wir werden uns gegenseitig helfen, um die Weltzivilisation aufzubauen.“

Als mit einer eigenen Botschaft versehen ist dabei auch das Interview zu betrachten. Die letzte Frage des Interviews betont, dass die Botschaft des Großmufti von ihm selbst praktisch umgesetzt wurde und zwar während seiner Funktion als Mufti in der nord-syrischen Bezirkshauptstadt Aleppo,

in der er das friedliche Nebeneinander der Religionen erfolgreich förderte.

Justizminister Goll drangsalisiert

alk. Baden-Württembergs Justizminister Goll hat mehrfach vor Gericht verloren, als er versuchte, die üblicherweise bei Gefangenen vor ihrer Haftentlassung vorgesehenen Maßnahmen wie Hafturlaub und Freigang bei Christian Klar, der in Bruchsal im Gefängnis sitzt, abzulehnen. Jetzt versucht es der Minister erneut: Die Bundesanwaltschaft hatte beim Bundesgerichtshof gegenüber den ehemaligen RAF-Mitgliedern Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Knut Folkerts Beugehaft beantragt, um sie zu Aussagen über die 30 Jahre zurückliegende Erschießung des damaligen Bundesanwalts Siegfried Buback zu zwingen. Diese Beugehaft ist rechtlich umstritten und die davon Betroffenen haben Beschwerde eingelegt, über die noch nicht entschieden ist. Der Justizminister mit FDP-Parteibuch nimmt das jetzt zum Anlass, jegliche Hafterleichterungen für Christian Klar aufzuheben. Goll konstruiert dazu abstruse Szenarien – es drohe unter anderem die Gefahr, dass Klar in den Untergrund abtauche oder von einer solchen Gruppe beim Freigang befreit werde. Rache sollte als Handlungsmotiv?

Türkische und deutsche Schulen

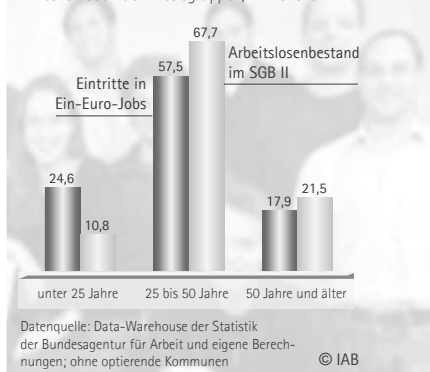
Süddeutsche Zeitung, 11.2. alk. Sowohl aus der CDU als auch aus der SPD gibt es mehrheitlich ablehnende Stimmen zu dem Vorschlag des türkischen Ministerpräsidenten, in der Bundesrepublik türkische Schulen und Universitäten einzurichten. Die Aufregung ist befremdlich. Die Bundesrepublik unterhält heute 117 deutsche Schulen in anderen Ländern, eine auch in Istanbul. Dort gibt es auch eine deutsch-türkische Schule, an der das Abitur angeboten wird. Demnächst soll es auch eine deutschsprachige Universität in Istanbul geben. Das Bundesverwaltungsamt entsendet etwa 1700 deutsche Lehrer ins Ausland. Fast die Hälfte des Kulturhaushalts des auswärtigen Amtes geht in die Förderung der deutschen Sprache im Ausland.

Umgekehrt gibt es in der Bundesrepublik zahlreiche deutsch-französische Gymnasien, griechische Schulen, die auch den griechischen Abschluss anbieten usw. – eigentlich selbstverständlich, wenn Internationalität für jede einigermaßen gehobene Tätigkeit inzwischen Voraussetzung ist.

Die schroffe Ablehnung dieser Selbstverständlichkeit gegenüber Türken und Türkischstämmigen verstärkt den sozialen Ausschluss.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Abbildung 1
Junge überproportional gefördert
Anteile 2005 nach Altersgruppen, in Prozent



Wer hat was von Ein-Euro-Jobs?

www.iab.de, 11.2. alk. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit hat jetzt eine Untersuchung vorgelegt, ob die Teilnahme an den sogenannten Ein-Euro-Jobs die Chancen von Langzeitarbeitslosen auf eine dauerhafte Beschäftigung verbessert oder nicht. Die Ein-Euro-Jobs sind vom Umfang her die bedeutendste Maßnahme der sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik im SGB II. 2007 wurden mehr als 750.000 Ein-Euro-Jobs neu begonnen. Ziel sei es, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen und die Arbeitsbereitschaft zu prüfen.

Das Ergebnis ist zunächst differenziert: Obwohl sie überproportional oft in Arbeitsmaßnahmen geschickt werden, haben jüngere Arbeitslose davon nahezu nichts. Dagegen gibt es bei älteren Beschäftigten, vor allem bei Personen, die schon sehr lange außer Beschäftigung sind und da wiederum besonders bei westdeutschen Frauen einen schwachen positiven Effekt.

Bei Jugendlichen wirkt sich die Teilnahme an Ein-Euro-Jobs sogar oft negativ aus, sie finden später als andere, die nicht in einer solchen Maßnahme waren, einen dauerhaften Job. Die Arbeitsmarktforscher Dr. Joachim Wolff und Katrin Hohmeyer erklären das so, dass ihnen einfach nicht genug Zeit bleibt, intensiv eine reguläre Beschäftigung zu suchen.

Fazit: Dass nur bei Frauen, die schon mehrere Jahre außerhalb einer Beschäftigung waren, leicht positive Effekte da sind, spricht dafür, die „Wiedereingewöhnung“ an die Arbeitswelt auf die davon tatsächlich betroffene Beschäftigtengruppe zu beschränken. Für alle anderen sind Ein-Euro-Jobs entweder reine Schikanen der Arbeitsbehörde oder im besseren Fall eine Möglichkeit, das zu geringe Arbeitslosengeld II aufzustocken. Bessere Vermittlungschancen werden in diesen Arbeitsgelegenheiten nicht erworben. Dazu kommt, worauf die Untersuchung hinweist: Selbst wenn es zur Arbeitsaufnahme kommt, ist ein größerer Teil derjenigen, die

vorher in Ein-Euro-Jobs waren, weiterhin auf ergänzende Leistungen der Bundesagentur angewiesen.

SPD über Managergehälter und Aktiengesetz

Handelsblatt, 7.2.rül. Eine Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion unter Leitung von Fraktionsvize Joachim Poß will Vorschläge entwickeln, wie gesetzliche Regelungen für Manager-Gehälter aussehen könnten. Kern der SPD-Überlegungen ist, den sogenannten „Cromme-Codex für gute Unternehmensführung“, den der frühere Thyssen-Manager und jetzige Siemens-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme 2001 als freiwilligen Kodex für Unternehmen entwickelt hatte, auch im Aktiengesetz und im Steuerrecht festzulegen. Hintergrund ist die anhaltende Debatte über exorbitante Managergehälter, die in den letzten Jahren vom 14-fachen des Durchschnittseinkommens auf das 44-fache gestiegen sind. Unter anderem soll im Aktiengesetz vorgeschrieben werden, wie Managergehälter öffentlich dokumentiert werden müssen. Umstritten ist noch, wer künftig diese Gehälter festlegen soll, der gesamte Aufsichtsrat oder – wie bisher – nur der geheim tagende Präsidialausschuss des Aufsichtsrats. Außerdem sollen im Aktiengesetz Regeln verankert werden, was „angemessene Vergütung“ von Managern ist, ob sie sich z.B. nur an der Entwicklung des Aktienkurses misst oder auch an der Beschäftigungsentwicklung des Unternehmens. Drittens sollen die Möglichkeiten der Unternehmen eingeschränkt werden, extrem hohe Managergehälter und Abfindungen für Manager auch noch steuermindernd geltend zu machen. Dabei will sich die SPD an vergleichbaren Regelungen in den USA orientieren. Noch im Frühjahr will die SPD ihre Vorschläge präsentieren. Auch der Arbeitnehmerflügel der Union will bis dahin Vorschläge vorlegen. Kanzlerin Merkel und SPD-Finanzminister Steinbrück dagegen wollen bislang keine gesetzliche Änderungen.

Bewegung bei Mindestlöhnen

Böckler-Impuls 1/2008; rog. In 12 von 20 EU-Staaten sind die gesetzlichen Mindestlöhne zum 1. Januar 2008 erhöht worden. In Frankreich, Großbritannien und Irland geschah dies bereits in der zweiten Jahreshälfte 2007. Bezüglich der Höhe der Mindestlöhne haben sich in Europa drei Ländergruppen herausgebildet. In den westeuropäischen Ländern liegen die Mindestlöhne jetzt über acht Euro. Ausnahme ist Großbritannien, wo durch die Ab-

wertung des Pfund der Wert wieder deutlich unter acht Euro gesunken ist. Eine zweite Gruppe bilden die süd-europäischen Länder mit Löhnen von 2,55 Euro in Portugal bis 3,80 Euro in Griechenland. In dieser Gruppe findet sich mit Slowenien auch ein neuer Mitgliedsstaat. Die niedrigsten Werte finden sich dann in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Von 0,65 in Bulgarien bis 1,87 in Tschechien. Mit Ausnahme von Ungarn und der Slowakei (5,3% bzw. 6,6% Steigerung) stiegen die Minimallohne in dieser Ländergruppe beachtlich (zwischen 20,3 und 33,3%).

Im Zusammenhang mit den jüngsten Steigerungen wertet das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB die regelmäßige Erhöhung der Mindestlöhne als einen der Erfolgsfaktoren des Systems der Mindestlöhne. Auch unter Berücksichtigung unterschiedlich hoher Teuerungsraten, wird für die mittel- und osteuropäischen Staaten ein Aufholprozess diagnostiziert. „Der Realwert des Mindestlohnes ist in den mittel- und osteuropäischen Ländern deutlich gestiegen. Das dokumentiert den anhaltenden wirtschaftlichen Aufholprozess der Region.“

Mindestlöhne 2007: Die meisten Europäer ziehen eine Grenze

Gesetzliche Mindest-Stundenlöhne in Europa		Anstieg** 2006/07
Luxemburg	9,08€	↗ 4,5%
Irland	8,30€	↗ 8,5%
Frankreich	8,27€	↗ 3,0%
Niederlande	8,13€	↗ 5,7%
Großbritannien	7,96€	↗ 8,2%
Belgien	7,93€	↗ 1,9%
Deutschland	DGB-Forderung 7,50€	
Griechenland*	4,22€	↗ 9,3%
Spanien*	3,99€	↗ 5,6%
Malta	3,47€	↗ 3,6%
Slowenien	3,02€	→ 0%
Portugal*	2,82€	↗ 7,6%
Tschechien	1,76€	↗ 11,4%
Ungarn	1,50€	↗ 13,6%
Polen	1,34€	→ 0%
Estland	1,33€	↗ 34,3%
Slowakei	1,32€	↗ 32,0%
Litauen	1,00€	↗ 8,7%
Lettland	0,99€	↗ 47,8%
Rumänien	0,66€	↗ 26,6%
Bulgarien	0,53€	↗ 12,8%

* berechnet auf Basis von 14 obligatorischen Monatsgehältern, **Vergleich zum 1. Januar
Quelle: Eurostat 2007; Berechnungen des WSI (Wechselkurse vom 8.1.2007)
© Hans-Böckler-Stiftung 2007

Hessenwahl: Ohne den Wahlerfolg der Linken hätte Koch nicht abgewählt werden können

Die „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichte am 29. Januar eine Auswertung des Ulmer Instituts für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung zu den Wählerwanderungen bei der Landtagswahl in Hessen¹. Danach wurde die CDU – anders als 1999 – Opfer ihrer eigenen reaktionären Kampagne und der breiten Kritik an ihrer Schulpolitik. Die meisten, die Koch nicht mehr wählen wollten, blieben der Wahl fern, votierten für die SPD oder – im geringeren Umfang – die FDP. Die NPD und die REPs konnten aus der fremdenfeindlichen Kampagne kaum Nutzen ziehen. Die Sozialdemokraten speisten ihre Gewinne aus dem Lager der CDU, in erheblichem Umfang von den Grünen und dem großen Reservoir der Nichtwähler. Es spricht einiges dafür, dass die Wahlkampagne von Koch die SPD erst wirklich stark gemacht hat². Interessant wäre auch, wie die CDU-Kampagne das Wahlverhalten stimmberechtigter Migranten beeinflusst hat. Die Grünen haben rund ein Viertel ihrer Stimmen aus der Landtagswahl 2003 verloren. Nahezu 40% der Grünen-Wähler von 2005 (Bundestagswahlen) blieben bei den Landtags-

wahlen zu Hause². Die starken Verluste der Grünen in Frankfurt werden auch auf Unzufriedenheit mit der Zusammenarbeit mit der CDU im Magistrat zurückgeführt¹. Die Wahlbeteiligung (64,3%) lag trotz des polarisierenden Wahlkampfes geringfügig unter der von 2003. Erklären ließ sich das teilweise dadurch, dass der Wahlkampf der CDU Teile der Anhänger nicht mobilisieren konnte und sie ratlos und verstimmt zu Hause blieben².

Wesentlich für den Mobilisierungserfolg der LINKEN war, dass ohne sie eine schwarz-gelbe Mehrheit wahrscheinlich nicht hätte verhindert werden können. Allerdings wurde ihr Einzug in den Landtag gegen Ende des Wahlkampfes im Zuge der Zuspitzung auf schwarzgelb und rotgrün bzw. Koch und Ypsilanti immer knapper. Die LINKE konnte Zugewinne von Wählern aller anderen Parteien verzeichnen, etwa zur Hälfte von den Nichtwählern und von kleinen Parteien². Wichtig ist, dass der Wahlerfolg nicht auf dem Abgraben von Stimmen der Grünen und der SPD beruht. Auf der Landesliste befanden sich keine prominenten Kandidaten. Der Spitzenkandidat Willi van Ooyen

ist in der Friedensbewegung bekannt, darüber hinaus aber eher nicht.

In einem Bericht des Landesvorstandes der hessischen LINKEN, der auf dem a. o. Landesparteitag am 9.2. vorlag³, werden eine Reihe von Problemen angesprochen:

Die Anzahl der absoluten Stimmen aus dem Bundestagswahlkampf 2005 (178.076) wird nicht wieder erreicht. Die LINKE erhält bei den Landtagswahlen 140.488 Stimmen. Zurückgeführt wird das zum einen auf den harten Lagerwahlkampf zwischen CDU und SPD sowie darauf, dass sich die SPD-Spitzenkandidatin erfolgreich als linke Alternative zur SPD-Bundespolitik präsentiert hat. Zum anderen darauf, dass – anders als in Niedersachsen – eine erhebliche Mobilisierungslücke bei Arbeitern und Arbeitslosen bestünde. So haben in Hessen 14% und in Niedersachsen 27% der Arbeitslosen die LINKE gewählt. Die besten Ergebnisse wurden überwiegend in den größeren Städten und Orten mit Hochschulen erzielt. Es scheint sich eine Stammwählerschaft herauszubilden. Sie ist aber nach wie vor dünn, so dass der Mobilisierung von Wechselwählern weiterhin Bedeutung zukommt. Auf weitere Probleme deutet hin, dass der Stimmenanteil von Frauen, insbesondere jüngeren Frauen, aber auch Erst-

Anmerkungen zum Ergebnis der Landtagswahl in Niedersachsen

Die CDU/FDP-Regierung mit Christian Wulff als Ministerpräsident wird für weitere fünf Jahre im Amt bleiben. Das kann als das erwartete Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl vom 27. Januar 2008 zusammengefasst werden. Bemerkenswert schlecht ist die um 10 Prozentpunkte auf 57 Prozent gesunkene Wahlbeteiligung. Zwar verloren die Regierungsparteien CDU und FDP mit über 500.000 Stimmen den größten Anteil, aber auch die bisherigen Oppositionsparteien SPD und Grüne büßten über 300.000 Wählerstimmen ein. Gewinnerin dieser Wahl ist DIE LINKE mit 7,1 Prozent und 243.000 Wählern. Die LINKE konnte als einzige Partei sogar gegenüber der Bundestagswahl 2005 (damals 4,3 Prozent und 205.000 Stimmen) um 38.000 Stimmen zulegen, obwohl 1,355 Millionen Niedersachsen weniger zur Wahl gingen als vor gut zwei Jahren.

Im nach Bayern zweitgrößten Bundesland Niedersachsen hat DIE LINKE einen relativ kurzen, aber sehr intensiven Flächenwahlkampf geführt, nachdem zuvor ohne jegliche Umverteilung von personellen Ressourcen alle Direktkandidaturen gesichert werden konnten. Unterstützt von benachbarten Landesverbänden

konnte etwa jeder dritte Haushalt bei einer Verteilaktion mit einer Million Wählerbriefen von Gysi/Lafontaine erreicht werden. Die Zweitstimmenergebnisse lagen zwischen 3,1 Prozent in Vechta und 13,3 Prozent in Hannover-Linden, wobei auch in der Fläche die 5%-Hürde nur in 6 von 87 Wahlkreisen nicht übersprungen wurde. Auch der hohe Erststimmen-Anteil von fast 90% ist beachtenswert und drückt eine starke Wählermobilisierung und -bindung aus.

Weil weder Republikaner noch die mit der NPD über den „Deutschlandpakt“ verbundene DVU antraten, war für das rechtsextreme, faschistische

Lager in Niedersachsen faktisch nur die NPD wählbar. Sie erhielt 52.817 Stimmen, was 1,5 Prozent entspricht. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 verlor die NPD fast 7.000 Stimmen und konnte ihren Prozentanteil nur dank der niedrigen Wahlbeteiligung um 0,2 Prozent erhöhen. Nach einem von der Bundeszentrale und anderen Landesverbänden unterstützten und großmäulig geführten Wahlkampf musste selbst der niedersächsische Spitzenkandidat Andreas Molau eine „herbe Niederlage“ einräumen. Einzige Konkurrenz von rechts war die Kleinstpartei „Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, Partei für Demokratie durch Volksabstimmung“, die auf 0,2 Prozent der Stimmen kam.

DIE LINKE hatte den Wahlkampf mit drei Schwerpunktthemen „Armut bekämpfen“, „Privatisierung stoppen“ und „Bildung für alle – gebührenfrei“ geführt mit starker Plakatierung zu diesen Themen, sichtbarem Straßen-Winterwahlkampf und erstmalig auch in der Fläche mit mobilen Großflächenplakaten („Original sozial“) und Kinowerbung.

Auffällig waren sehr

Ergebnis Landtagswahl 2008 Niedersachsen

	Zweitstimmen 2008	Veränderung zu LTW 2003 prozentual	absolut
CDU	42,5%	(-5,8)	-469.368
SPD	30,3%	(-3,1)	-294.262
FDP	8,2%	(+0,1)	- 43.550
Grüne	8,0%	(+0,4)	- 30.598
Linke	7,1%	(+6,6)	+221.546
LTW2008	100 %		-561.457

wählern deutlich unterdurchschnittlich ist.

Der Landesvorstand der hessischen LINKEN zieht das Fazit, dass sich die LINKE in einem Lagerwahlkampf als dritte Kraft behauptet hat: „Strategisch ist die Frage, wie wir die Konkurrenz zu einer sich vermeintlich nach links entwickelnden SPD gestalten, außerordentlich wichtig. Die Vermutung liegt nahe, dass wir durch eine noch schärfere Auseinandersetzung mit der SPD (z. B. Hartz IV; Mindestlohn ohne Angabe einer Höhe) weitere Stimmen von der SPD hätten gewinnen können“.³

Am Wochenende 9./10. Februar trat der Parteirat der Grünen zusammen und die LINKE führte einen Landesparteitag durch. Die Grünen beschlossen ein „inhaltliches Eckpunktepapier“, das als Grundlage für Gespräche

mit „allen Parteien“ dienen soll⁴. Der a. o. Parteitag der LINKEN hat der SPD ein punktuell themenbezogenes Kooperationsangebot unterbreitet (s. Seite 18): „Die SPD muss sich nun entscheiden, ob aus der rechnerischen Mehrheit eine politische Mehrheit wird“. Die Landtagsfraktion der LINKEN wird Ypsilanti wählen, wenn sie darauf angewiesen ist. Ob bzw. wie sich eine politische Kooperation bei gleichzeitig verschärfter Konkurrenz entwickeln kann, ist offen. *Olaf Argens*

(1) FR 29.1.2008

(2) Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs; Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen am 27. Januar 2008 – Wahlbericht und erste Analyse

(3) Bericht des Geschäftsführenden Landesvorstandes und der Wahlkampfleitung über Ergebnisse, Erfahrungen, Kritik und Erfolge des Wahlkampfes

(4) www.gruene-hessen.de

Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung der WählerInnen in Hessen

Parteien	CDU	SPD	FDP	Grüne	DIE LINKE	Andere	Nichtwähl.
CDU		-92.000	-66.000	-11.000	-16.000	-20.000	-79.000
SPD	92.000		8.000	66.000	-32.000	1.000	65.000
FDP	66.000	-8.000		---	-5.000	-6.000	-7.000
Grüne	11.000	-66.000	-8.000	---	-19.000	-1.000	7.000
DIE LINKE	16.000	32.000	5.000	19.000		27.000	26.000
Andere	20.000	-1.000	6.000	1.000	-27.000		
Nichtwähler/innen	79.000	-65.000	7.000	-7.000	-26.000		

(Quelle: Infratest-dimap: <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid253/analysewanderung6.shtml>)

gut besuchte Wahlveranstaltungen mit Gysi und Lafontaine auch in Gebieten, wo die Partei nicht subjektiv stark vertreten ist, was wohl auf die bundespolitische Wirkung zurückzuführen ist.

Hoff/Kahrs schreiben in ihrem „Wahlbericht und erste Analyse“: „Die regionalen Schwerpunkte der LINKEN liegen im Südosten Niedersachsens einschließlich Hannover und im Nordwesten einschließlich einiger Wahlkreise rechts der Unterweser. Hier erreicht sie teilweise zweistellige Ergebnisse (Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg, Delmenhorst, Wilhelmshaven) und den dritten oder vierten Platz (vor der FDP). Unter fünf Prozent bleibt die LINKE im Wahlkreis Bremervörde und in den katholischen, von der CDU dominierten Wahlkreisen Cloppenburg, Vechta und Bersenbrück im Süddoldeburger Land. In nahezu allen Wahlkreisen hat sie ihre Stimmenzahl gegenüber der Bundestagswahl vergrößert. Hierbei gilt die Faustregel, dass dort, wo es eine 2005 starke SPD gab, diese überproportional an Stimmen eingebüsst und die LINKE überproportional hinzu gewonnen hat. (...) Die LINKE gewinnt aus allen Lagern, vor allem jedoch von der SPD und den Grünen sowie von den Nichtwähler/-innen.“

Insbesondere Arbeitslose (27 Prozent) und Arbeiter/innen (11 Prozent) haben überproportional links gewählt

bei diesen Landtagswahlen in Niedersachsen. Unterproportional mit 6 Prozent sind Erstwähler/-innen und Frauen vertreten.

Bereits im Dezember waren auf einer „vorgezogenen Fraktionssitzung“ gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen außerparlamentarischen Initiativen und Verbänden drei erste Anträge beraten und vorbereitet worden: „Nr. 1 – Einführung eines Mindestlohns (von 8 €) in das Landesvergabe-gesetz“, „Nr. 2 – Flächendeckendes Angebot integrierter Gesamtschulen für Niedersachsen“ und „Nr. 3 – Keine weiteren Privatisierungen im Gesundheitswesen – Hände weg von öffentlichen Kliniken – Rückführung der Landeskrankenhäuser in die öffentliche Hand“.

Diese parlamentarischen Initiativen wurden zwei Tage nach der Landtagswahl auf einem „Großen Ratschlag“ in Hannover von 150 Leuten weiter beraten, vertreten waren DGB-Landesbezirk (durch den Vorsitzenden Hartmut Tölle), Einzelgewerkschaften, Bürgerinitiativen und Verbände (s.a. S. 18).

Die elfköpfige Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE setzt sich aus 6 Frauen und 5 Männern zusammen. Die konstituierende Sitzung des neuen Landtags findet bereits am 26. Februar statt. Gespräche über die Regierungsbildung werden nur zwischen CDU und FDP geführt. *Michael Ohse*

Fünf-Parteien-System in der BRD?

Die Bundesländer müssen in der politischen Ordnung der BRD eine Reihe von Verwaltungsleistungen erbringen, die sich im Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar auswirken und die nur funktionieren, wenn sie auf breiter Basis akzeptiert werden. Große mit der Verwaltung verflochtene Parteien können derartige Angebote glaubhafter entwickeln als kleine. Auch wird eine Partei, die im Bundesdurchschnitt fünf Prozent erreicht, in vielen Bundesländern höchstwahrscheinlich herausfallen. Wenn die Partei die Linke nun in der Mehrzahl der Landtage vertreten ist, so ist im Parteiensystem der BRD eine neue Konstellation da

Nachkriegszeit – Das Drei-Parteien-System bildet sich heraus

Das Drei-Parteien-System der alten BRD entstand in der Nachkriegszeit als Ergebnis von Integrationsleistungen und Eingriffen der Staatsgewalt. Durch das Verbot der Sozialistischen Reichspartei als NS-Nachfolgeorganisation 1952 sicherte der deutsche Konservatismus die von ihm betriebene Westintegration gegen nationalistische Aufwiegler. Das Verbot der KPD 1956 erleichterte der SPD das Ja zu Wiederbewaffnung und Nato-Beitritt.

Eine bedeutsame Integrationsleistung der Nachkriegszeit besteht in der heute selbstverständlichen Differenzierung des politisch-konservativen vom konfessionell-religiösen Bereich. Durch den Bezug auf beide christliche Konfessionen entzogen sich die Unionsparteien geschickt der unmittelbaren Lenkung durch die Kirchen. Eine Art Säkularisation der christlichen Politik, und Voraussetzung der dynamischen Verbindung von Konservatismus und Modernisierung, des Erfolgs der Unionsparteien in der BRD.

Im liberalen Lager vollzog sich eine Verschiebung der Grundwerte, weg vom deutschen, staatsorientierten Nationalliberalismus, hin zu einer Bindung an Bürger- und Menschenrechte. Nur so konnte die FDP zu einer Partei der europäischen Integration werden. Der erste Bundespräsident der BRD, Theodor Heuss, repräsentierte den Wertewandel im Liberalismus in seiner Person und in seiner Politik.

Westorientierung, Offenmarktpolitik, Wiederbewaffnung, Europäische Integration – die Entwicklung der SPD vollzog sich in einem Rahmen, der von anderen gesetzt wurde, in dem sie in- dessen ihren Platz als Vorkämpferin sozialer Verbesserungen suchte und

im Rahmen einer insgesamt günstigen wirtschaftlichen Entwicklung auch fand. Anders als der deutsche Konservatismus und Liberalismus vollbrachte die SPD indessen keine große Integrationsleistung, die nach Lage der Dinge in einer Überwindung ihrer Feindschaft zu den kommunistischen und sozialistischen Strömungen hätte bestehen müssen. Stattdessen profitierte die SPD von den Spielräumen, die ihr durch das KPD-Verbot entstanden.

Zu Beginn der sechziger Jahre bestand in der BRD ein Drei-Parteiensystem, das nach links hin repressiv abgesichert war, der Rechten aber erhebliche Spielräume offen ließ. So zog die NPD immer wieder in Länderparlamente ein, scheiterte aber regelmäßig bei den Bundestagswahlen.

Die sechziger Jahre: Die Apo kommt auf

Im Zuge der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit änderte sich die Lebensweise großer Bevölkerungsteile einschneidend. Rückgang des Anteils von Landwirtschaft und Handwerk. Verstädterung. Erwerbstätigkeit der Frauen als Normalfall. Wachsender Bedarf an gut geschulten Arbeitskräften. Unübersehbare Verwüstung der Umwelt durch rücksichtslose Industrie.

Politisch warf der Vietnamkrieg der USA die Frage deutscher Bündnisleistungen und damit einer Verschärfung der Ost-West-Spannungen in Europa, an der Front zwischen den Systemen, auf. Der Konsens „nie wieder Krieg“ zu führen, wurde zum Streitpunkt. Das Tempo des Wirtschaftswachstums ging zurück, 1966 kam es zur ersten Nachkriegsrezession. Die SPD antwortete auf diese Probleme mit dem Entwurf einer neuen Ostpolitik, deren Ziel eine politische Entspannung an den Blockgrenzen war. Für diese Politik fand sich auch in Kreisen der FDP bzw. der Wirtschaft Rückhalt, wobei Erwartungen in den Osthandel eine Rolle spielten. Wirtschaftspolitisch punktete die SPD mit dem Versprechen von Wachstum durch Staatsinterventionen. So ergab sich die Möglichkeit eines Machtwechsels, der zunächst (1966) in eine große Koalition der SPD mit den Unionsparteien mündete und nach den Bundestagswahlen 1969 zu einer Koalition von SPD und FDP führte.

Die Unruhe in der Bevölkerung, insbesondere in der jungen Generation wurde durch diese politische Verschiebung nicht aufgefangen. Es blieb die Einbindung in das Nato-Bündnis mit seinen Verpflichtungen, es blieb der rücksichts- und perspektivlose Umgang der Industrie mit der Natur und ihren Kräften, es blieb bei sozialen und kulturellen Hemmnissen für Lebensentwürfe von Frauen. Es entstand eine außerparlamentarische Opposition, die zunächst nicht auf die Entwick-

lung einer neuen Partei aus war, ihre strategischen Hoffnungen drückten sich vielleicht am besten in dem Wort vom „langen Marsch durch die Institutionen“ aus, das der aus der DDR gekommene Rudi Dutschke prägte. Es war die SPD, die diese Strategie durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften und die Politik der Berufsverbote blockte und so das Potential für neue Parteibildungsprozesse freisetzte, die schließlich in der Umweltpolitik ihr Thema fanden.

Das Vier-Parteien-System

Das Vier-Parteien-System aus Union, SPD, FDP und Grünen, stellte für die 80er Jahre eine stabile Verbindung zwischen dem Staatswesen und den politischen Bestrebungen in der Bevölkerung her, die erst in den dramatischen neunziger Jahren aufriß.

Dem fortschreitenden Zerfall der staatssozialistischen Ordnung folgte der Anschluss der DDR an die BRD, der sich nicht als Integration entwickelte und den Bürgerinnen und Bürgern der DDR kaum ermöglichte, ihre Leistungen – individuelle berufliche oder institutionalisierte – in die neue Ordnung einzubringen. So fehlten die entscheidenden Voraussetzungen für eine selbsttragende Entwicklung. Der „Anschluss“ der DDR als Überwältigung war von allen vier Parteien des Westens mitgetragen worden, das hinterließ eine Leerstelle im politischen Raum, die von der PDS eingenommen wurde. Vertrauensverluste der Union im Osten ließen 1998 eine Regierungsbildung aus SPD und Grünen zu, unter der die BRD erstmals als aktivkriegführende Macht in Erscheinung trat. Der PDS gelang es nicht, die gegen die Militarisierung der deutschen Politik eingestellten Kräfte auf sich zu ziehen. Sie scheiterte bei den Bundestagswahlen 2002 an der Fünf-Prozent-Klausel, Schröder konnte die Koalition aus SPD und Grünen fortsetzen. Von dieser zweiten Regierung Schröder wurde Maßnahmen erhofft, die aus der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Stagnation herausführen sollten. Es kamen die Hartz-Pakte und mit Hartz IV eine Regelung, die für Millionen den Untergang als selbständig wirtschaftende – und insoweit selbstbestimmte – Subjekte zur Folge hatte.

Parteipräferenz als Vertrauenssache

Wird das Parteiensystem instabil, wenn es eine von einer erheblichen Zahl von Bürgern in einer wichtigen Frage vertretene Meinung nicht repräsentiert? Solche Situationen kommen oft vor, während Parteineubildungen eher selten sind. Dem Übergang vom Vier-Parteien-System zum jetzigen Fünf-Parteien-System ging zunächst ein Rückgang der Beteiligung an fast allen Wahlen voraus. Die Beziehung zwi-

schen einer Partei und den Menschen, die sie tragen ist nicht ein Verhältnis klarer gegenseitiger Verpflichtungen, die Wähler schenken Vertrauen. Ereignisse wie die Wiederbewaffnung der BRD, die Berufsverbote, der Anschluss der DDR als Überwältigung, die Zustimmung zu Kriegshandlungen, die Drohung mit dem sozialen Untergang enttäuschen Vertrauen, Personen wenden sich von den Verantwortlichen ab.

Leerstellen im Vier-Parteien-System

Das Vier-Parteien-System, das sich in der alten BRD herausgebildet hat, konnte oder wollte folgende in der Bevölkerung breit getragene Bestrebungen nicht aufnehmen:

- Beim Anschluss der DDR wurden persönliche Leistungen (wie Ausbildung, Berufserfahrung usw.) und Systemleistungen (wie z.B. das Bildungssystem) nicht integriert, sondern mutwillig mißachtet.

- Die Entwicklung des neuen Deutschland zu einer Militärmacht, die eine militarisierte Außenpolitik betreibt und vor Interventionskriegen nicht zurückschreckt, hat keine Mehrheit in der Bevölkerung.

- Die Sozialpolitik des „Fördern & Fordern“ konfrontiert Menschen mit dem Verlust der individuellen Selbstständigkeit. Sie werden zu vernachlässigten Staatsmündeln bestimmt.

Dadurch, dass die vier Parteien die Entstehung solcher Leerstellen zuließen, zerstörten sie Vertrauen. Eine Korrektur müsste individuell erfahrbar und stabil sein, denn es braucht Zeit, Vertrauen aufzubauen. Wahrscheinlich wird mit den Bürgerschaftswahlen in Hamburg die Etablierung eines Fünf-Parteien-Systems in der BRD Tatsache sein. Für eine geraume Zeit kann sich die neu hinzugekommene Partei in einer Mahner- & Wächterrolle einrichten. Nutzt sie diese Zeit nicht zur Entwicklung politischer Alternativen, nützt sie sich selbst ab. Die Partei die Linke darf hoffen, dass ihr aus dem Engagement in der kommunalen Selbstverwaltung, die sich in den letzten Jahren bundesweit entwickelt hat, politische Erfahrung zuwächst, die sie auch im Westen zur Entwicklung von Alternativen auf Gebieten der Landespolitik befähigt.

Was auf diesem Wege aber nicht zustande kommt, ist eine Alternative zur fortschreitenden Militarisierung der BRD Außenpolitik. Die LINKE sollte jedenfalls keinen Moment vergessen, dass die Unruhe, die in der Bevölkerung wegen der Verstrickung der BRD in Kriegshandlungen wächst, eine der Strömungen ist, die die Partei trägt. Im kommenden Bundestagswahlkampf wird die Partei ein Paket von Alternativen zur militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik benötigen.

Martin Fochler

Private Strategiediskussionen mit weitreichenden politischen Folgen

Im Oktober 2007 beschlossen die Verteidigungsminister der Nato-Länder auf ihrer Tagung in Noordwijk, bis zum Nato-Gipfel im April 2008 in Bukarest einen „comprehensive approach“, einen umfassenden Ansatz für die Strategie in Afghanistan zu entwickeln. In diesem Zusammenhang ist die Münchner Sicherheitskonferenz¹, die vom 8. bis 10.2.08 unter dem Motto „Eine Welt in Unordnung – veränderte Machtverhältnisse – fehlende Strategien?“ stattfand, in mehr als einer Hinsicht von Interesse.

In München traf es sich wie alljährlich zahlreiche Staatsoberhäupter, Außen- und Verteidigungsminister nebst Militärs, Diplomaten, Wissenschaftlern und Journalisten, um – ja um was? In diesem Jahr stand vor allem der „Nato-Einsatz in Afghanistan“ auf der Tagesordnung. Es ging, darüber gibt ein Bericht auf der Homepage² Aufschluss, um den „Strategiewechsel“. Nun wäre die Erörterung des Nato-Einsatzes in Afghanistan und erst recht eines wie immer gearteten Strategiewechsels Aufgabe der UN-Institutionen, insbesondere des Sicherheitsrates. Denn die Nato befindet sich auf Grundlage eines UN-Mandats in Afghanistan. Seit 2003 hat sie das Oberkommando über die ISAF-Truppen, deren Aufgabe laut UN-Resolution 1386 vom 20.12.01 in erster Linie darin bestand und besteht, die Staatsorgane Afghanistans bei der Herstellung von Sicherheit zu unterstützen. Dieses Mandat war zunächst auf Kabul und Umgebung beschränkt, wurde dann schrittweise ausgeweitet und erstreckt sich inzwischen auf das ganze Land. Die Zahl der ISAF-Soldaten beläuft sich inzwischen auf über 40.000 aus 37 Staaten, Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Nato.

Doch nicht die legitimierten UN-Institutionen berieten den „Strategiewechsel“, nicht einmal die Gremien der Nato oder beauftragte Vertreter der Entsendestaaten – sondern hochrangige Bevollmächtigte ohne Vollmacht, Regierungsmitglieder in privater Mission, die nach irgendwelchen Kriterien von wem auch immer eingeladen worden waren, um inoffiziell und ohne konkrete Beschlüsse, aber mit weitreichenden Folgen für die weitere Entwicklung das Feld für einen „Strategiewechsel“ abzustecken und die Möglichkeiten zu sondieren.

Schon dieser dunkle Vorgang macht deutlich, dass sich die Umsetzung des

UN-Mandats in Afghanistan dem Einfluss der UN entzieht. Doch ist die Münchner Konferenz für die Strategieentwicklung wirklich von Belang? Auf den ersten Blick scheinen, liest man ihre Reden, die hochrangigen Vertreter – für die BRD vor allem Verteidigungsminister Jung und Außenminister Steinmeier – vor allem Belanglosigkeiten abgesondert zu haben. Immerhin hatten die USA zuvor geradezu ultimativ aufgefördert, dass die Kampftruppen im hart umkämpften afghanischen Süden³ durch Einheiten aus weiteren Ländern verstärkt werden.

Der Charakter des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan ändert sich

Jungs Rede enthält zu Afghanistan nur die folgende Passage: „Die Nato, und mit ihr die internationale Staatengemeinschaft, steht in Afghanistan vor großen Herausforderungen. Von der instabilen Sicherheitslage über die Drogenökonomie, den schleppenden wirtschaftlichen Wiederaufbau bis hin zur mangelnden Präsenz und Autorität der Regierung. Vor diesem Hintergrund ist ein konkreter zivilmilitärischer Gesamtansatz, ein politisch-strategischer Plan, für das Land unabdingbar. Wer entscheidet was? Wer hilft wo und in welchem Umfang? Wir müssen klare Zielvorgaben formulieren und deren Umsetzung kontrollieren. Was wir brauchen, sind Kriterien für den Erfolg ... Das Bündnis braucht eine Gesamtstrategie für Afghanistan, in der die Zielsetzung unseres Einsatzes und die daraus abzuleitenden Aufgaben von ISAF zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Sicherheit identifiziert und definiert werden.“

Steinmeier betont: „Wir tragen die Gesamtverantwortung im Nordsektor – und wer die aktuelle Situation in Afghanistan wirklich kennt, der weiß, dass auch diese Region zunehmend ins Visier der Talibankämpfer gerät. Wir haben Bundeswehr-Tornados für Aufklärungsflüge in ganz Afghanistan stationiert. Und wir werden ab Sommer die Quick Reaction Force für die Nordregion stellen. Das zeigt, dass wir auch auf veränderte militärische Anforderungsprofile reagieren können.“⁴

Diese allgemeinen Äußerungen erhalten ihre konkrete Bedeutung durch die realen Entwicklungen und die darauf Bezug nehmenden Debat-

ten, die abseits der Öffentlichkeit, jedenfalls einer breiteren Öffentlichkeit stattfinden.

Im Januar veröffentlichte die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)⁵, eine der ganz wenigen einflussreichen „Denkfabriken“ in der BRD, eine Ausarbeitung über „Strategien zur Aufstandsbekämpfung. Neue Ansätze für die ISAF-Mission“. Dort wird vertreten, dass die Ende Oktober 2007 gestartete Operation mit dem bezeichnenden Namen Harekate Yolo II („Neuer Weg“, von einer Nummer I ist nichts bekannt) einen „Wendepunkt in der militärischen Operationsführung der ISAF im Norden Afghanistans [markiert]“. Bis dahin hatten sich die ISAF-Truppen in diesem Landesteil wesentlich auf die Durchführung von Patrouillen beschränkt, um Informationen zu sammeln und Stützpunkte zu sichern. Offensive Operationen scheint es hier, im Einsatzgebiet der Bundeswehr, bis dahin nicht gegeben zu haben. Nun jedoch gingen neben 900 afghanischen Soldaten mindestens 500 ISAF-Soldaten, größtenteils aus Norwegen, den USA und Deutschland, offensiv gegen erstarkende Taliban bzw. lokale Aufständische vor. Befehligt wurde die Operation vom deutschen Brigadegeneral Warnecke. Die Bundeswehr setzte im Kampfgebiet vor allem Nachschubeinheiten sowie Aufklärungs- und Sanitätskräfte ein, insgesamt rund 300 Soldaten, dazu Ausbilder, die die afghanischen Soldaten begleiteten. ▶



Auf dem Marienplatz in München

► Angeblich wurden bei dieser Offensive 50 Taliban getötet.

Einen „Wendepunkt“ macht die SWP aus, weil sich mit „Harekate Yolo“ der Fokus „mehr auf gemeinsame, gezielte Offensivoperationen“ verschoben hat. „Mit dieser Neufokussierung verschiebt sich auch das Anforderungsprofil an die Bundeswehr in Afghanistan.“ Vom veränderten „Anforderungsprofil“ sprach, wie zitiert, Steinmeier. Das SWP-Dokument fährt fort:

„Ein Anstoß zur Veränderung bietet sich mit dem angekündigten Abzug der norwegischen schnellen Eingreifkräfte der QRF. Würde Deutschland diese Kräfte ersetzen, verfügten die deutschen Kommandeure künftig über Fähigkeiten, die ihnen eigenständige und mit den afghanischen Sicherheitskräften integrierte offensive Operationen ermöglichen. Notwendig wäre dazu aber auch, den Kommandeuren vor Ort größere Spielräume bei der Durchführung solcher Operationen zu geben.“

Ohne eine Korrektur der eigenen Position dürfte es der Bundesregierung in den nächsten Monaten kaum gelingen, ihrem Drängen auf eine umfassende Strategie innerhalb des Bündnisses Glaubwürdigkeit zu verleihen. Ein erster, zwingend erforderlicher Schritt in diese Richtung wäre es, die Aufstandsbekämpfung als neue Einsatzrealität zu akzeptieren. Dies dürfte in der Folge allerdings nicht nur das Wesen der Allianz, sondern auch den Charakter des Bundeswehreinsatzes nachhaltig verändern.“

Die Bundesregierung hat unmittelbar vor der Münchner Konferenz der „Bitte der Nato“ entsprochen und die Entscheidung einer schnellen Eingreiftruppe in den Norden beschlossen. Die Botschaften von Jung und Steinmeier entschlüsseln sich als Ankündigung, die Bundeswehr in Afghanistan voll und ganz auf die Offensivstrategie des Kampfs gegen Aufständische auszurichten. Und nicht nur das. Mit der Entscheidung der Schnellen Eingreiftruppe unterstützt Deutschland die Aufstandsbekämpfung im Süden tendenziell nicht mehr „nur“ mit Tornados (sowie Fernmeldern und zunehmend auch Transporteinheiten), sondern mit Kampftruppen.

So wies der ehemalige Kommandeur der Bundeswehr in Afghanistan, General a.D. Kiesheyer, in der Sendung „Fakt“ am 11.2. darauf hin, dass die Schnelle Eingreiftruppe auch im Süden „in Nothilfe“ eingesetzt werden kann. „Auch in der Einsatzbeschreibung der deutschen Soldaten, der so genannten Taschenkarte, steht es klipp und klar: Ihr Auftrag gilt für ganz Afghanistan.“ Das bestätigte der außenpolitische Sprecher der CDU Polenz im Deutschlandfunk: „...und zum anderen haben wir auch im Mandat für den

Bundeswehreinsatz eine Solidaritätsklausel, die den Einsatz von deutschen Soldaten im Süden ermöglicht, wenn dies für die Hilfe und für die Erfüllung des ISAF-Einsatzes erforderlich und unabweisbar ist.“⁶

Immer tiefer verstrickt sich die BRD in den Krieg. Der nächste Schritt ist absehbar. Kanada hat den Abzug seiner Truppen in Aussicht gestellt, wenn nicht andere Staaten zusätzlich 1000 Soldaten nach Kandahar in den Süden schicken. Die Nato sieht einen Bedarf von insgesamt 7.500 zusätzlichen Soldaten. Die Nachrichtenagentur dpa verbreitet, dass geplant ist, das deutsche Truppenkontingent in Afghanistan um 1000 auf 4.500 aufzustocken – die Bundesregierung spricht von „Spekulationen“, dementiert aber nicht.

Sondierungen

Die Münchner Konferenz wurde mit einer Rede des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan eröffnet. Leider liegt diese Rede nur auf Türkisch vor, so dass man auf ihren Widerhall in den Medien angewiesen ist. Während die Kölner Rede Erdogans und die Ablehnung der Assimilation der in der BRD lebenden türkischen Migrationsbevölkerung teils heftige Reaktionen aus CDU/CSU und von großen Teilen der Medien hervorrief⁷, blieb es um die Münchner Rede verdächtig ruhig. In München strich Erdogan die Schlüsselrolle der Türkei als „zentraler strategischer Vermittler zwischen West und Ost“ heraus, betonte die Notwendigkeit des gemeinsamen „Kampfs gegen den Terror“, rief die Nato auf, bei ihrem Einsatz in Afghanistan und bezeichnete in diesem ganzen Zusammenhang den EU-Beitritt als „positives Signal für die muslimische Welt“.⁸ Im „Börsen-Express“ (9.2.) wird er mit der Aussage zitiert, der EU-Beitritt der Türkei werde zur Befriedung im Mittleren Osten beitragen. Hat die Türkei eine Zukunft als EU-Mitglied, wenn und soweit sie sich als Frontstaat anbietet und bewährt? Diese Verknüpfung wurde auf der Münchner Konferenz offensichtlich ins Gespräch gebracht. Die Frage der türkischen EU-Mitgliedschaft erfährt damit eine äußerst unangenehme und gefährliche Entwicklung.

Auch in Bezug auf die UNO und ihre zukünftige Rolle wurde auf der Konferenz offensichtlich das Feld sondiert. Mit der Transformation der Nato zu einem „globalen Sicherheitsdienstleister“, wie sie in der Erklärung des Rigaer Gipfels charakterisiert wurde, wächst das Bestreben der Nato-Mächte, die UNO als rechtmäßigen „Sicherheitsnachfrager“ zurückzudrängen. Verteidigungsminister Jung sprach in München von der „Kooperation“ zwischen UNO und Nato, die in den Einsatzgebieten gut, „aber auf politischer Ebene nicht ausreichend“ sei. Die Unterzeich-

nung der „Nato-VN-Erklärung“ – Näheres führte er nicht aus – „würde die praktische Zusammenarbeit um eine institutionelle Komponente ergänzen“. Offiziell blieb es bei der Andeutung, die die Stärkung der Nato im Verhältnis zur UNO nahe legt. Der wahrscheinliche republikanische Präsidentschaftskandidat McCain warb in einem Beitrag in der „Süddeutschen“ parallel zur Konferenz für die Bildung einer „Liga der Demokratien“ und zielte damit direkt auf die Schwächung der UNO.

Christiane Schneider

1 Die Konferenz ist eine private Veranstaltung. Sie wird jedoch von der Bundesregierung subventioniert – in diesem Jahr mit 841.000 Euro. U.a. wurde der Tagungsort durch 110 bewaffnete Bundeswehrsoldaten bewacht, die Bundeswehr hat auch das Hausrecht inne. Weitere Gelder kommen von der Rüstungsindustrie. Veranstalter war Horst Teltchik, seit 1998 der damalige Bundeskanzler Kohl dafür vorgeschlagen hat. Seine Nachfolge übernimmt Wolfgang Ischinger, ein hoher Diplomat, nachdem er von Merkel und Steinmeier dazu „ermutigt“ worden ist. Um den privaten Charakter der Veranstaltung zu erhalten, lässt er sich von seinen Beamtenfunktionen entbinden.

2 <http://www.securityconference.de/>

3 Bisher haben acht Staaten Truppen in den Süden entsandt, die USA, Kanada, Großbritannien, die Niederlande, Dänemark, Estland, Rumänien und Australien.

4 Beide Reden dokumentiert unter: <http://www.securityconference.de/>

5 In dieser Denkfabrik, die sowohl den Bundestag als auch die Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät und 2006 9,37 Mio. Euro staatliche Zuwendungen erhielt, arbeiten neben 50 Wissenschaftlern auch Offiziere der Bundeswehr mit. Siehe Wikipedia: Stiftung Wissenschaft und Politik. Homepage: <http://www.swp-berlin.org/>. Hier findet sich auch das zitierte Dokument.

6 www.dradio.de, 12.2.08

7 CSU-Chef Huber sah seine „Bedenken hinsichtlich des EU-Beitritts der Türkei“ bestätigt. FAZ-Herausgeber Kohler, kürzlich durch bedingungslose Unterstützung für die Kampagne Kochs aufgefallen, hetzte: „Die Plakate waren auf Türkisch, die Rede war auf Türkisch und bald werden in der Stadt, in der sie tausendfach bejubelt wurde, die Minarette einer Großmoschee in den Himmel ragen“ und sah darin die „Symptome einer sich verfestigenden Distanz zwischen den türkischen Einwanderern in Deutschland und der Mehrheitsgesellschaft“. (FAZ, 12.2.)

8 So wiedergegeben in der Tageschau.

Kosten der Militarisierung

Der letzte Haushaltsentwurf des noch amtierenden US-Präsidenten Bush für 2009 umfasst erstmals in der Geschichte der USA ein Volumen von über drei Billionen Dollar. Während der Entwurf im Sozialbereich deutliche Kürzungen vorsieht – um 200 Mrd. Dollar in den nächsten fünf Jahren –, sollen die Ausgaben für die weitere Militarisierung der Innen- und Außenpolitik kräftig steigen. Das sog. Heimatschutzministerium soll fast 11% mehr erhalten. Für das Militär sind 515 Mrd. Dollar vorgesehen, ca. 7% mehr als im Vorjahr, dabei sind die Ausgaben für die Kriege in Irak und Afghanistan „nur“ mit ca. 70 Mrd. Dollar eingeplant, die tatsächlichen Kosten belaufen sich jedoch auf 200 Mrd.

Abzug der Nationalgarde aus dem Irak?

Die Legislative von Vermont wird sich jetzt mit einem von zwei Abgeordneten eingebrachten und von weiteren 30 Abgeordneten unterstützten Gesetzentwurf befassen, die Nationalgardisten des US-Bundesstaates wieder unter eigenes Kommando zu nehmen und sie aus dem Irak abziehen. 2002 war die Nationalgarde unter Bundeskontrolle gestellt und seither im Irak-Krieg eingesetzt worden. Dabei war die militärische Verwendung an zwei Ziele gebunden, erstens den Sturz Saddam Husseins und zweitens die Durchsetzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates über die Zerstörung der angeblichen Massenvernichtungswaffen und Trägerraketen des Irak. Der Gesetzentwurf macht geltend, dass beide Bedingungen nun obsolet sind und die Nationalgarde deshalb wieder der Kontrolle des Bundesstaates unterstellt werden muss. Entsprechende Gesetzentwürfe werden in Minnesota, New Hampshire, Pennsylvania und Rhode Island vorbereitet.

www.ips-dc.org/citiesforpeace/, 5.2.08)

Vorwahlen: Außenpolitischer Kurswechsel?

Nacheinander berichten Spieltheater der wirtschaftlichen Entwicklung die Ausrichtung der US-Außenpolitik eine wichtige Rolle bei den Vorwahlen in den USA. Der Republikaner John McCain, als eindeutiger Favorit aus den bisherigen Vorwahlen hervorgegangen, tritt unumwunden für ein „Weiter so und noch mehr“ ein: Er will die Truppen im Irak aufstocken, die Nato stärken und um neue Mitgliedstaaten erweitern (Kroatien, Mazedonien, Albanien, potenziell die Ukraine und Georgien)



Anti-Kriegs-Protest bei einer Wahlkündigung von Hillary Clinton. Ordner der Kandidatin griffen die Aktivistinnen an und zerfetzten ihre Plakate.

und Russland aus den G8 drängen. Beide demokratische Kandidaten, Hillary Clinton und Barak Obama, plädieren für einen Kurswechsel in der Außenpolitik, bleiben aber weitgehend äußerst vage. Clinton, die dem Irak-Krieg zustimmt, hält das angesichts der weit verbreiteten Kriegsmüdigkeit inzwischen für einen Fehler. Sie will innerhalb von 60 Tagen nach Amtsantritt mit dem Abzug von Truppen aus dem Irak beginnen; bis 2013 sollen die „meisten Truppen“ abgezogen sein. Barak Obama, der von Beginn an gegen den Irak-Krieg eintrat, will ein oder zwei Brigaden monatlich abziehen und den Abzug innerhalb von 16 Monaten beenden. Doch soll ein Restkontingent dort verbleiben zum „Kampf gegen den Terrorismus“. Während sich Obama sich für Verhandlungen mit Iran ausspricht und direkte Gespräche mit Ahmadinedjad nicht ausschließt, hält Clinton die militärische Option ausdrücklich offen. Nicht erkennbar ist, welche Initiativen eine US-Präsidentin Clinton oder ein Präsident Obama ergreifen könnten, um einen tragfähigen Frieden im Nahen Osten voranzutreiben.

Am Rande des Abgrundes

So kennzeichnet der bekannte israelische Journalist Gideon Levy (Ha'aretz) die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt angesichts der Eskalation in Gaza. Auf die fortwährenden

Kassam-Angriffe durch Hamas-Kämpfer antwortete die israelische Führung zunächst mit militärischen Operationen im Gazastreifen und mit der Blockade von Gaza, die u.a. dazu führte, dass das einzige Elektrizitätswerk aufgrund ausbleibender Brennstofflieferungen den Betrieb einstellen musste und die Bevölkerung vollständig davon abhängig war, dass die Stromlieferungen aus Israel (70% des Bedarfs) weitergingen. Nach der vorübergehenden Durchbrechung der Grenze zu Ägypten ist die Blockade nun wiederhergestellt. Israel ist dazu übergegangen, die Stromlieferungen jede Woche um ein Prozent herunterzufahren, in der Kassam-Beschuss anhält. Der Oberste Gerichtshof hat gegen die Klage mehrerer israelischer Menschenrechtsorganisationen entschieden, dass Blockade und damit die kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung rechtmäßig ist. Das Militär verstärkte die Luft- und Bodeneinsätze. Die Strategie lautet: kontrollierte Eskalation. Doch die Kontrolle droht völlig zu entgleiten, denn bei jedem neuen Beschluss werden die Forderungen nach immer drastischeren Gegenschlägen lauter: Innenminister Shitrit will als Abschreckungsmaßnahme Wohnviertel in Gaza „auslöschen“ (nach Warnung der Einwohner), andere nicht nur die militärischen, sondern auch die politischen Führer der Hamas gezielt liquidieren. Selbst die erneute Besetzung des Gaza-Streifens wird nicht mehr ausgeschlossen. Das jüngste Selbstmordattentat in dem kleinen Ort Dimona in der Negev-Wüste rief in Erinnerung, dass Sicherheit militärisch nicht erreicht werden kann. Als Reaktion darauf will Israel nun einen zweiten Sperrzaun an der Grenze zu Ägypten bauen, Kosten: 1,3 Mrd. Dollar.

Zusammenstellung: scc



- Hunderttausende Palästinenser durchbrechen die Grenze nach Ägypten und versorgen sich mit dem Notwendigsten
- Israelische Friedensgruppen protestieren gegen die Abriegelung des Gaza-Streifens und organisieren Hilfs-Konvois (Bild: Gush Shalom)
- Der Kassam-Beschuss hält die israelische Bevölkerung an der Grenze zu Gaza in Angst und Schrecken.



Demonstration in Düsseldorf gegen Kopfnoten.

DÜSSELDORF. Einen Tag nach der Vergabe der Halbjahreszeugnisse in Nordrhein-Westfalen hat es am 19.1.2008 in Düsseldorf eine Demonstration gegen die neuen Kopfnoten auf den Zeugnissen gegeben. Nach Polizeiangaben beteiligten sich rund 1000 Teilnehmer an der Protestaktion durch die Innenstadt. Zu der Demonstration hatte die Landesschülervertretung (LSV) aufgerufen. Unterstützt wird der Protest von der SPD, den Grünen und der GEW. Die LSV forderte die Landesregierung auf, die Kopfnoten, mit denen neben dem Arbeits- auch das Sozialverhalten bewertet wird, wieder abzuschaffen. Die Kopfnoten waren einen Tag vor der Demonstration erstmals mit den Halbjahreszeugnissen an rund 2,5 Millionen Schüler in NRW vergeben worden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte die Wiedereinführung beschlossen. Benotet werden Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit/Sorgfalt, Selbstständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Konfliktverhalten und Kooperationsfähigkeit. Im Streit über die Kopfnoten für die Schüler in NRW stellte sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) hinter die Landesregierung in Düsseldorf. Schavan sagte der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: „Kopfnoten sind sinnvoll.“ Es gehe in der Schule nicht nur um Wissen und Kundigkeit in den einzelnen Fächern, es gehe auch um soziale Aspekte und Kompetenzen. Deshalb sei es richtig, dass diese auch bewertet werden. Nordrhein-Westfalens Schulministerin Barbara Sommer (CDU) kündigte Gespräche über die Erfahrung mit den Kopfnoten mit allen Beteiligten an, schloss eine grundsätzliche Rücknahme der neuen Regelung aber aus. Sommer sagte der Zeitung: „Änderungen im Detail, etwa bei den sechs zu bewertenden Kategorien, sind denkbar. Aber solange wir die politische Verantwortung in Nordrhein-Westfalen haben, wird es Kopfnoten geben.“

www.ad-hoc-news.de,
www.kopfnoten-abschaffen.de

Aldi-Aktionen der Kampagne für Saubere Kleidung am 8. März

Berlin. Nach dem großen öffentlichen Echo der SÜDWIND-Studie „All die Textilschnäppchen – nur recht und billig?“ (2007) startet die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) umfangreiche Aktionen gegen erschreckende Arbeitsbedingungen bei Zulieferbetrieben von Aldi Nord und Süd in China und Indonesien. Erster Höhepunkt der bundesweiten Aktivitäten wird der Weltfrauentag am 8. März sein.

Da vornehmlich Frauen in den Zulieferbetrieben der Bekleidungsindustrie arbeiten, wurde als erster Höhepunkt der Aktionen von Mitgliedsorganisationen der CCC wie IG Metall, Verdi und Katholische Arbeitnehmer-Bewegung der Weltfrauentag festgelegt. Die Aktionen finden im Rahmen der 2008 startenden Discounter-Aktionen der deutschen und der internationalen CCC statt.

Obwohl Aldi einen Dialog mit SÜDWIND und der CCC in Aussicht gestellt hatte, ist bisher nichts in dieser Richtung geschehen. Der öffentliche Druck auf den größten deutschen und europäischen Discounter soll nun dafür sorgen, dass das Unternehmen dem eigenen Anspruch einer weltweiten sozialen Verantwortung gerecht wird. Daher muss Aldi seine gesamte Produktionskette unabhängig überprüfen lassen.

www.saubere-kleidung.de

Lufthansa sucht Streit mit der Region

FRANKFURT A.M. Auf scharfe Kritik stößt die Klage der Lufthansa für eine Ausweitung der Nachtflüge in Verbindung mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Lufthansa sucht den Streit mit der Region“, stellt BUND Vorstandssprecherin Brigitte Martin fest. Der Verband fordert ein gesetzliches Nachtflugver-

bot zwischen 22 und 6 Uhr. Martin: „Der Wortbruch der Lufthansa zeigt, dass die Luftverkehrswirtschaft kein seriöser Partner für freiwillige Lösungen ist.“ Skandalös ist das Verhalten der Lufthansa für den BUND aus zwei Gründen:

- Zum einen ist das Unternehmen wortbrüchig, denn es hatte der so genannten Mediationsvereinbarung zugestimmt, in der im Januar 2000 sogar ein vollständiges Verbot von Nachtflügen zwischen 23 und 5 Uhr vereinbart wurde.
- Zum anderen beinhaltet der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens entgegen aller politischen Zusagen nun sogar einen „täglichen“ Mittelwert von 17 geplanten Nachtflügen zwischen 23 und 5 Uhr. Lufthansa hat sich mit der Forderung nach Flügen in der Kernnacht bereits gegen die Interessen der Bevölkerung durchgesetzt.

Nach der hessischen Lärmbelastungsstudie 2006 fühlen sich 40 Prozent aller Hessen durch Fluglärm gestört, davon 10,8 Prozent sogar stark bis äußerst stark. Die Zahl der stark und äußerst stark durch Fluglärm belästigten Menschen ist im RP Darmstadt mit 15,4 Prozent (ca. 510.000 Menschen) wegen des Frankfurter Flughafens noch einmal deutlich höher als Landesdurchschnitt. <http://bbi.unser-forum.de>

Demonstration für freie Bildung und Meinungsfreiheit erfolgreich beendet

FRANKFURT A.M.: Am 26. Januar 2008 demonstrierten rund tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer für freie Bildung und freie Meinung. In eben diesem Grundrecht wurden sie dabei in massiver Form eingeschränkt. So kam es Seitens der Polizei zu ungerechtfertigten Maßnahmen gegenüber den Demonstrierenden. Nach friedlichen Kundgebungen am Willy-Brandt-Platz und dem Operplatz sowie Demonstrationen zwischen diesen Orten kam es zu unzulässigen Übergriffen der Polizei. „Schon zu Beginn des friedlichen Protests wurde bereits deutlich, dass den Hundertschaften an einem verhältnismäßigen und konfliktfreien Auftreten nicht gelegen war“, empört sich Björn Wortmann vom Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit. Nach einem großen Demonstrationzug durch die Frankfurter Innenstadt eskalierte die Situation.

Über zweihundert Personen wurden pauschal vorverurteilt, zuerst gekeselt und dann inhaftiert. Der Abtransport zum Polizeipräsidium hielt bis in die späten Abendstunden an. Den Betroffenen war es nach der offiziellen Auflösung der Demonstration verweigert worden abzuziehen, obwohl es ihr gesetzlich verankertes Recht ist. Rene Held vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren ist entsetzt: „Anstatt be-

sonnen auf die Situation zu reagieren, zeichnete sich das Verhalten der Einsatzkräfte durch Brutalität und Willkür aus.“ Massive Schlagstockeinsätze und Inhaftierungen Minderjähriger und älterer Demonstrierender waren hierfür überdeutliches Zeichen. Obwohl es keine konkreten Tatbestandsvorwürfe gab, wurden über zweihundert Demonstrierende abtransportiert.

Das überzogene Durchgreifen ist ein deutliches Zeichen für eine willentliche Kriminalisierung insbesondere auch studentischer Proteste, welche es sich zum Ziel gesetzt haben der katastrophalen Politik der Landesregierung eine lautstarke Absage zu erteilen.

„Nicht die Studierenden sind eine Bedrohung für Frankfurt – hingegen ist die hessische Innenpolitik eine Gefahr für die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung“, gibt sich AStA-Vorsitzende Anja Engelhorn kämpferisch. „Trotz der massiven Polizeirepressionen kann unser Aktionstag nur als Erfolg gewertet werden. Auch heute nutzten wieder Tausend ihr verbrieftes Recht ihren Unmut vehement auf die Straße zu tragen. An dieser Protestform werden wir weiterhin festhalten, wenn es gilt entschlossen für unsere Ziele einzutreten: Für Solidarität und freie Bildung!“

www.studis.de

Satireaktion gegen Gedenken an NS-Physiker

GREIFSWALD. An der Universität Greifswald wird mit zwei Gedenktafeln an den Nobelpreisträger und NS-Funktionär Johannes Stark erinnert. Dass der Nobelpreisträger Stark zugleich ein bekennender Antisemit und glühender Verehrer Adolf Hitlers war, wird dabei bewusst verschwiegen. Dagegen regt sich nun Protest an der Hochschule.

Die Greifswalder Burschenschaft Malumia Gryswaldensis, ein Ableger der Satiregruppe „Front Deutscher Äpfel“, wandte sich am 24. Januar 2008 mit einer Satireaktion gegen die einseitige Würdigung des Nobelpreisträgers und NS-Funktionärs Johannes Stark an der Universität Greifswald. Gleich zwei Ehrentafeln an Gebäuden der Universität würdigen die wissenschaftlichen Verdienste des Physikers, Hinweise auf seine Rolle im Nationalsozialismus und auf seinen aggressiven Antisemitismus sucht man hingegen vergebens. Am alten Physikalischen Institut war bereits 1957, wenige Monate nach dem Tod des Physikers, eine Gedenktafel angebracht worden. Im Mai 2007 bezogen die Greifswalder Physiker ein neues Institutsgebäude, in dessen Eingangshalle eine weitere Tafel angebracht wurde, auf der Johannes Stark als herausragender Forscher geehrt wird.

Die „Front Deutscher Äpfel“ erklärt dazu: „Wir widersetzen uns einer ein-



seitigen und unkritischen Würdigung Starks, die seine politische Verantwortung im Nationalsozialismus ausblendet: Johannes Stark steht mit seinem Denken und Handeln für Destruktives und Nationalismus, für Antisemitismus und politischen Wahn. Und das fing nicht erst 1933 an und hörte nicht einfach 1945 auf. Wer wie Stark in der Blütezeit seines Lebens luthals von ‚Arischer Physik‘ und zersetzender ‚Ausländerei‘ fabulierte und im Nationalsozialismus und der Diktatur eine Heilung des kranken Körpers und Blutes sah, sollte im Jahre 2007 an einer weltoffenen und an internationalen Kontakten interessierten Uni nicht einzig mit seiner experimentellen Forschung und seinem Nobelpreis glänzen. Vorbilder sehen für uns anders aus!“

(Quelle: „Weiße Juden in der Wissenschaft“, in: Das schwarze Korps. Organ der Reichsführung SS, Ausgabe vom 15. Juli 1937, S.6f.) www.links-lang.de

„Verbrecherische Humanexperimente“: DFG hat ihre Geschichte aufgearbeitet

BERLIN. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in den vergangenen fünf Jahren die Aufarbeitung ihrer Geschichte insbesondere während der nationalsozialistischen Diktatur 1933–1945 aufgearbeitet. Mit einer Konferenz in der ersten Februarwoche 2008 ging das entsprechende Forschungsprojekt zu Ende. Das Ergebnis ist erschreckend: Die DFG spricht von „erschreckender Regimenähe“ und „verbrecherischen Humanexperimenten“.

„Eine wahrhaft unbequeme Wahrheit“ nannte der DFG-Präsident Matthias Kleiner die Ergebnisse in einer Pressemitteilung. Die Studie zeige, dass sich die DFG und die von ihr geförderten Wissenschaftler rückhaltlos für die Ziele des NS-Regimes eingesetzt hätten – oft in vorauseilendem Gehorsam. In erschreckender Regimenähe

habe die DFG demnach verbrecherische Humanexperimente finanziert. Diese Experimente, wie sie an KZ-Häftlingen vorgenommen wurden, seien in ihrer inhumanen und tödlichen Konsequenz weit hinter bereits erreichte Standards der Forschungsethik zurückgefallen. Prof. Wolfgang U. Eckart von der Heidelberger Forschungsgruppe erklärte: „Die Forschung nutzte hier klar die ihr durch das totalitäre und rassistisch orientierte Herrschaftssystem des NS-Staates gewährten Freiräume tödender Forschung.“

Die Aufarbeitung der Geschichte während der NS-Diktatur war im Jahr 2000 vom damaligen DFG-Präsidenten Winnacker 2000 angestoßen worden, nachdem – offensichtlich zu Recht – Vorwürfe laut geworden waren, die DFG habe ihre Geschichte während der NS-Diktatur „geschönt“ oder doch zumindest nicht hinreichend aufgearbeitet.

www.fzs.de

Mehr Demokratie fordert Reform als Konsequenz aus der ständig sinkenden Wahlbeteiligung

FRANKFURT A.M. Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen erreicht historische Tiefstände. Nur 64,3% habe in Hessen gewählt. In Niedersachsen sank die Wahlbeteiligung von 67% auf 57%. Gerald Häfner, Vorstandssprecher des Vereins Mehr Demokratie, wertet das als Zeichen für den fortschreitenden Vertrauensverlust in die Politik.

„Ohne ausreichende Beteiligung der Bürger ist eine Demokratie nicht lebensfähig“, so Häfner. „Die Politik schafft es offenbar nicht, den Bürgern den Eindruck zu vermitteln, dass sie im Mittelpunkt stehen und wirklich mitbestimmen können.“ Der Staat müsse dringend anfangen, über die Gründe für die fehlende aktive Beteiligung nachzudenken. „Ich fürchte, die meisten Parteien und Politiker interessiert nur ihr eigenes Ergebnis. Der sich verschlechternde Zustand unserer Demokratie und der fortschreitende Vertrauensverlust in die Politik scheinen ihnen egal.“

Mehr Demokratie fordert seit langem eine Demokratiereform. „Am Anfang muss eine schonungslose Analyse stehen, warum sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden. Offenbar glauben immer weniger Bürger, dass sie mit Wahlen etwas ändern können. Im Zentrum der Reform muss die Frage stehen, wie wir unsere Demokratie beleben und verbessern können.“ Dabei gelte es, den Einfluss der Bürger auch zwischen den Wahlen zu stärken und ihnen so wieder das Gefühl zu geben, daß ihre Stimme auch wirklich zählt und Folgen hat. „Mehr Demokratie ist gerne bereit, hierzu Vorschläge zu machen.“

www.mehr-demokratie.de

Vor den bayerischen Kommunalwahlen

Bei den bayerischen Kommunalwahlen am 2. März werden in den 25 kreisfreien Städten Stadträte und – je nach auslaufender Amtszeit – 17 Oberbürgermeister, in 71 Landkreisen die Kreistage, sowie in 62 Fällen Landräte gewählt. Kreisangehörige Gemeinden gibt es in Bayern 2031, in 1874 stehen Bürgermeisterwahlen an. Zusammen sind das etwas über 4000 Wahlen, in ungefähr 30 davon bewirbt sich die Partei Die Linke. Wahlbewerbungen einer Partei, die nicht bei einer vorausgegangenen Wahl (Landtags-, Bundestags- oder Europawahl) in Bayern mehr als 5% erzielte, benötigen in Bayern Unterstützungsunterschriften. Diese müssen bei der Behörde unter Vorlage des Personalausweises abgegeben werden. Die Unterschriftenzahlen, die verlangt werden, sind sehr hoch. Sie orientieren sich an der Größe der Vertretungskörperschaft. In einer Stadt mit knapp über 50.000 Einwohnern benötigt eine Stadtratsliste 340 Unterstützungsunterschriften. Umfang der verlangten Unterstützung und Umstände der Abgabe machen verständlich, wieso die Partei Die Linke nur an so wenigen

Wahlen teilnehmen kann. – Eine wichtige unerfreuliche Erfahrung machte Die Linke in München. Dort musste zur Stadtratswahl nicht gesammelt werden, da die PDS bereits vor sechs Jahren ein Mandat erzielte. Bei dieser Wahl wollte die Partei auch in einigen der 26 Stadtbezirke an den Bezirksausschusswahlen teilnehmen. Dafür waren Unterstützungsunterschriften nötig. Die Partei stellte in 9 der 25 Stadtbezirke Listen auf und erreichte die nötigen Unterstützungsunterschriften in keinem einzigen Fall. Am nächsten kam noch die Bewerbung in Untergiesing-Harlaching, (140 von 215), andere blieben bereits bei 20 bis 30 Unterschriften hängen. – Erkundigungen bei der Wahlbehörde ergaben, dass seit Bestehen dieser Regelung in München noch keine einzige Bewerbung auf diesem Wege durchgedrungen ist und die 140 Unterstützungsunterschriften in Untergiesing-Harlaching das beste Ergebnis waren, dass bisher erzielt worden ist.

Das Gelingen oder Mißlingen von Wahlbewerbungen steht und fällt unter den geschilderten Bedingungen mit der Entwicklung der Partei im Viertel, in der Gemeinde, im Kreis. Die Entwicklung des Stimmenpotentials, das in Umfragen sichtbar wird, schlägt auf die Unterstützungsunterschriften

nicht direkt durch. Unter solchen Umständen ist es alarmierend, dass in München gleich zwei rechtsextremistische Listen die 1000 Unterschriften erreichen und zur Wahl zugelassen wurden. Es besteht eine zwar verstrittene, aber gefestigte rechte Szene, die eine große Zahl von Menschen direkt erreicht.

Das offizielle München wollte die rechteextremen Bewerbungen mit der Taktik des Ignorierens niederhalten. Das könnte klappen, wenn die Unterstützung für die Rechten sich aus einem diffusen Protestpotential speiste. Es kann nicht klappen, wenn die Rechte einen eigenen Umkreis hat, den sie mit eigenen Mitteln erreicht.

Wird eine oder werden beide rechtsextremen Listen („Pro München“ und „Bürgerinitiative Ausländerstopp“) den Einzug in den Münchner Stadtrat schaffen? In Nürnberg gelang das der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ bereits vor sechs Jahren. Zwar warnt inzwischen ein breites Bündnis vor diesen rechten Tarnlisten, aber die politischen Instanzen der Stadt schöpfen ihre Möglichkeiten nicht aus. So wäre es einen Versuch wert gewesen, die Gruppierung „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ im Wahlausschuss zu blocken, denn der Name selbst ist schon rassistische Hetze. *Martin Fochler*

Verfassungswidrig, aber bayernkonform! – DIE LINKE im Visier des bayerischen Verfassungsschutz – Presseerklärung von RA Rüdiger Helm, RA Dr. Gerd Tersteegen und Prof. Dr. Klaus Weber, parteilose Stadtratskandidaten auf der Liste der LINKEN.

Über 130 Morde haben rechtsextreme Gewalttäter seit 1989 in Deutschland verübt. Es ist ein Skandal erster Ordnung, dass DIE LINKE von der bayerischen Staatsregierung und der CSU in einen Topf mit diesen Mördern geworfen wird. Nicht anders ist es zu werten, wenn das Innenministerium DIE LINKE, gegründet Mitte letzten Jahres, auf dem Index verfassungsfeindlicher Organisationen setzen lässt, so Dr. Klaus Weber, Professor an der Hochschule München-Pasing und parteiloser Stadtratskandidat der LINKEN auf Platz 12.

Bewerber und Bewerberinnen für den öffentlichen Dienst müssen im „Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue“ angeben, ob sie „Mitglied in einer oder mehreren extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen sind oder waren oder diese unterstützen oder unterstützten“. Damit müssten sie z.B. auch ein Votum für DIE LINKE bei Wahlen angeben. „Es ist zwar verfassungswidrig, aber bayernkonform, wenn Menschen, die sich um eine Stelle bewerben und sich damit in einer abhängigen Position befinden, zur Offenlegung ihrer Verhaltensweisen gezwungen werden,“ erklärt RA Rüdiger Helm (parteiloser Stadtratskandidat der LINKEN auf Platz 69).

Bayernkonform auch deshalb, ergänzt Prof. Dr. Klaus Weber, weil die Staatsregierung und die CSU mit der Aufnahme der LINKEN in die Liste extremistischer Organisationen dreierlei erreichen will: von eigenen Verbindungen ins neofaschistische Lager ablenken, das eigene Demokratiedefizit verschleiern und Menschen, die sich gesellschaftskritisch engagieren Angst machen. Nicht vergessen, führt Klaus Weber weiter aus, sind die Elogen von Franz Josef Strauss, auf den chilenischen Diktator und Mörder Augusto Pinochet und Stoibers Warnungen vor der „durchrassten Gesellschaft“. Und im Gegensatz zur CSU und den übrigen bürgerlichen Parteien gibt es bei der LINKEN weder Steuerhinterzieher wie Otto Graf Lambsdorff noch Funktionsträger wie Monika Hohlmeier, die Dossiers über Parteimitglieder anlegen, und auch keinen Gerhard Schröder, Wolfgang Clement und Otto Schily, die lieber ihre Geldgeber als ihre Wählerinnen und Wähler im Parlament vertreten. DIE LINKE will demokratische Prozesse vorantreiben und die Menschen an den Entscheidungen über ihr Leben und ihre Arbeit teilhaben lassen z.B. in den Schulen, den Hochschulen und auch hinter den Fabriktoren. Das aber will die CSU

nicht, und daher wird DIE LINKE wie andere kritische und emanzipierte Gruppierungen in München und Bayern indiziert und überwacht.

Verunsicherung und Einschüchterung statt politischer Auseinandersetzung, darum geht es der CSU. Wer für den Wahlantritt der Linken unterschreibt, für sie kandidiert oder gar Mitglied wird, soll Konsequenzen befürchten müssen. Dass damit die bayerische Verfassung gebrochen wird, kümmert Innenminister Hermann nicht. Er begründet die Beobachtung der LINKEN damit, dass es in ihr Mitglieder gebe, die eine andere Gesellschaftsordnung anstreben.

Von dieser Politik setzt sich längst auch der Präsident des Verfassungsschutzes, Heinz Fromm ab: Er zweifelt die Verhältnismäßigkeit der Beobachtung an.

Vor Jahren fand sich auch die Vereinigung demokratischer JuristInnen (VDJ) auf der Liste der linksextremistischen Organisationen wieder.

Eines ihrer damaligen Mitglieder, daran erinnert Dr. Gerd Tersteegen, der Berufsverbotsopfer anwaltlich vertrat und auf Platz 66 der Stadtratsliste der LINKEN kandidiert, ist nunmehr Bundesjustizministerin und ggf. in Zukunft Präsidentin des Bun-

(1.2.2008) Einstimmig beschlossen hat das Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat auf seiner heutigen Vollversammlung im Großen Sitzungssaal des Rathauses eine Resolution zur Kommunalwahl 2008. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Liebe Münchnerinnen, liebe Münchner, bei der Stadtratswahl am 2. März 2008 nehmen auch zwei Organisationen teil, die sich als Initiative besorgter Bürger ausgeben, aber in Wahrheit rechtsextreme Tarnorganisationen sind.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz stellt klipp und klar fest: Sowohl bei der „Bürgerbewegung Pro München“ als auch der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ handelt es sich um Anhänger oder zumindest Unterstützer rechtsextremistischer Bestrebungen. Die maßgebliche Beteiligung rechtsextremer Parteifunktionäre von NPD, DVU und DP bei der Gründung der Initiativen ist erwiesen.

Die Rechtsextremen wissen, dass die Verwendung von NS-Symbolen und bekannten Parteinamen und die Auftritte in Bomberjacken und Springerstiefeln die Öffentlichkeit nur abgestoßen haben. Deshalb versuchen sie jetzt, sich unter einer Tarnkappe ins Rathaus

zu schleichen.

Ein Wahlerfolg dieser Listen würde unserer Stadt einen schweren Schaden zufügen und undemokratischen Kräften die Chance eröffnen, das Rathaus als Bühne für ihre nationalsozialistische und ausländerfeindliche Ideologie zu nutzen. Mit ihrer Hetze würden sie das vernünftige Zusammenleben und den sozialen Frieden in der Großstadt gefährden. Deshalb rufen wir dazu auf, den beiden rechtsextremen Listen eine Absage zu erteilen.

Das Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat wurde vor zehn Jahren gegründet, um insbesondere rechtsextremen Bestrebungen, allen Formen von Intoleranz und Gewaltbereitschaft entgegen zu treten. Im Bündnis sind die Münchner Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Universitäten und Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Jugendorganisationen zusammen geschlossen, um den Rechtsextremen ein gemeinsames NEIN der demokratischen Stadtgesellschaft entgegen zu stellen.

Wir bitten Sie:

– Klären Sie Ihre Nachbarinnen und Nachbarn und Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, Ihre Familien und

Ihren Freundeskreis, Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler, Ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen über den rechtsextremen Charakter der beiden Tarnlisten auf!

– Gehen Sie am 2. März 2008 zur Wahl und stärken Sie die demokratischen Kräfte im Münchner Rathaus!

– Verhindern Sie auf diese Weise, dass das Ansehen und die politische Kultur unserer Stadt geschädigt wird!

Die Wahlbeteiligung gerade bei Kommunalwahlen war in den vergangenen Jahren in verschiedenen deutschen Städten erschreckend gering. Bitte bedenken Sie: Das Gewicht jeder rechtsextremen Stimme nimmt zu, wenn sich Demokraten der Stimme enthalten. Wer nicht wählen geht, überlässt das Feld den Rechtsextremen! Dies darf nicht geschehen!

Für das Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat:

Oberbürgermeister CHRISTIAN UDE, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde CHARLOTTE KNOBLOCH, Weihbischof ENGELBERT SIEBLER, Evangelische Stadtdekanin BARBARA KITTELBERGER, Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität PROF. DR. BERND HUBER, Vorsitzender des DGB Region München HELMUT SCHMID, Vorsitzende des Kreisjugendrings München-Stadt KARIN RUCKDÄSCHEL, Sprecher der Bildungswerke Pfarrer DR. HERMANN PROBST

desverfassungsgerichtes. Aber man solle sich nicht täuschen: zwar sind die letzten Versuche, Demokraten mit Berufsverbot zu belegen so z.B. in Baden-Württemberg, gescheitert, und auch der Europäische Gerichtshof hat die Berufsverbotspraxis der Bundesrepublik Deutschland als unvereinbar mit den Grundrechten verworfen, aber derartige Verfahren lösen, selbst wenn sie nach Jahren für die Betroffenen erfolgreich ausgehen, breite Verunsicherung aus. Daher muss die Auseinandersetzung mit dieser verfassungswidrigen Politik auf rechtlicher, aber vor allem auf politischer Ebene geführt werden.

München, den 8. Februar 2008

Prof. Dr. Klaus Weber, parteiloser Stadtratskandidat auf Platz 12 der offenen Liste der LINKEN zur Kommunalwahl in München – *RA Rüdiger Helm*, parteiloser Stadtratskandidat auf Platz 69 der offenen Liste der LINKEN zur Kommunalwahl in München – *RA Dr. Gerd Tersteegen*, Parteiloser Stadtratskandidat auf Platz 66 der offenen Liste der LINKEN zur Kommunalwahl in München

Für Rückfragen: Prof. Dr. Klaus Weber: 089-54404163. RA Rüdiger Helm: 089-51701660. RA Dr. Gerd Tersteegen: 089 – 345365

**Mit freundlichen Grüßen Elke Hahn
Kreisvorstand DIE LINKE. München
mobil: 0171 / 676 00 00**

**Brigitte Wolf, für den Kreisvorstand der Partei DIE LINKE in München:
Rechtsextremistische Kandidaturen zur Kommunalwahl nicht zulassen!**

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE in München fordert den Wahlausschuss auf, die beiden Wahlvorschläge „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ und „Pro München“ nicht zur Kommunalwahl am 2. März zuzulassen. Beide Listen sind laut unwidersprochenen Presseberichten aus rechtsextremistischen Parteizusammenhängen um die NPD gebildet worden. Beide Listen haben die formalrechtlich erforderlichen Unterstützungsunterschriften beigebracht – unterstützt von der wahltaktischen Kampagne von CSU und CDU, die dem schweren Fall von Jugendkriminalität in der Münchner U-Bahn folgte.

Durch die Namensgebung „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ missbraucht der organisierte Rechtsextremismus jedoch die Kommunalwahl zu einer Einschüchterungskampagne gegen jeden dritten Münchner und jede dritte Münchnerin. Der Name fordert dazu auf, „Ausländer“ als solche zu „stoppen“. Er ist als Aufforderung formuliert, die zu ausländerfeindlichen Taten anreizen soll. Besonders in Verbindung mit der Bezeichnung „Bürgerinitiative“ und der Tatsache, dass (laut SZ) beide Listen auf Kundgebungen mit mindestens einem vorbestraften Neonazi-Schläger auftraten, wird dieser

Zusammenhang deutlich.

Schon bei der Einreichung der Wahlvorschläge hätte das Kreisverwaltungsreferat dies erkennen und eine solche Namenswahl ablehnen müssen. Die im Wahlausschuss vertretenen Parteien dürfen den provokativen Missbrauch durch die Listenbezeichnung nicht durchgehen lassen und müssen die darin enthaltene Bedrohung eines großen Teils der Münchner Bevölkerung unterbinden. Dadurch wird auch ein Zeichen gesetzt für die zweifellos anstehende, langwierige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Denn wenn rechtsextremistische Parteien und Initiativen nicht verboten sind, kommt es darauf an, den von ihnen ausgehenden Angriffen auf Rechte und Sicherheit von Mitmenschen, in jedem Einzelfall entgegenzutreten.

Dies gilt auch für die besser verpackten Angriffe auf die Grund- und Menschenrechte, wie sie die Gruppierung Pro München zu verantworten hat. Wir begrüßen deshalb auch die Beleidigungsklage der Stadt München gegen Pro München, die als eine ihrer ersten Taten in ehrverletzender Absicht gegen gleichgeschlechtliche Lebensweisen hetzt – neben ihrem Angriff auf die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit. ■

Bürgerentscheid erfolgreich: LEIPZIG. Die Teilprivatisierung der Leipziger Stadtwerke ist vorerst vom Tisch: Bei einem Bürgerentscheid stimmten am Sonntag in Leipzig 87,4 Prozent gegen den Teilverkauf des stadtteigenen Betriebs. Rund 104.000 Stimmen wären dafür nötig gewesen, letztlich gaben 148.767 Leipziger ihr Votum gegen den Verkauf ab. 12,6 Prozent (21.505 Wähler) stimmten für den Verkauf, 409 Stimmen waren ungültig. Insgesamt hatten im Laufe des Sonntags 41 Prozent der rund 416.000 abstimmungsberechtigten Leipziger ihre Stimme abgegeben – mehr als bei der Wahl des Oberbürgermeisters im Jahr 2006. Mit dem Bürgerentscheid, der für drei Jahre bindend ist, ist zugleich auch der Verkauf von Anteilen an den weiteren stadtteigenen Betrieben nicht mehr möglich. Dazu zählen neben der LVV, der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB), den Leipziger Verkehrsbetrieben (LVB) und den Kommunalen Wasserwerken auch das Klinikum St. Georg und die Stadtreinigung Leipzig. Mit dem Ergebnis des Bürgerentscheids musste Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) eine herbe Niederlage hinnehmen. Als strahlende Gewinner zeigten sich am Sonntagabend die Mitglieder der Initiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt!“, die den ersten Bürgerentscheid in der Geschichte Leipzigs mit einer vorangegangenen Unterschriftensammlung erzwungen hatten. (LVZ online)

Volksbegehren für Wasser: BERLIN. In der Bundeshauptstadt formiert sich mehr und mehr Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserwerke. Unter dem Slogan „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ sammelt die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ Unterschriften für ein Volksbegehren. Hintergrund sind Rekordgewinne der Wasserbetriebe bei steigenden Wasserpreisen. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) wurden vor neun Jahren teilprivatisiert. 49,9 % gehören den Käufern RWE und Veolia, denen seinerzeit eine jährliche Mindestrendite bis 2028 garantiert wurde, indem man ihnen einen festen Zinssatz auf das betriebsnotwendige Kapital zusicherte. Die damals erfolgte Gewinnzusage hält Wirtschaftsminister Harald Wolf (Linkspartei) für die Ursache, weshalb die Kosten für Wasser andauernd steigen. 2007 hätten die BWB einen Profit von 335 Millionen Euro erwirtschaftet, von dem 185 Millionen an RWE und Veolia gingen und 150 Millionen ans Land. Die Preise für den Verbraucher dagegen stiegen in den letzten vier Jahren um 26 %. Inzwischen nimmt Berlin mit 5 Euro pro Kubikmeter im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz beim Wasserpreis ein. Auch für 2008 wird mit

weiteren Preissteigerungen um bis zu 2,5 % gerechnet. Die Grünen untersuchen nun, ob es Möglichkeiten gibt, die geheimen Verträge erstens vollständig einzusehen und zweitens vorzeitig zu kündigen. Nach Meinung der Linkspartei, der eine Rekommunalisierung am liebsten wäre, zeigt die Privatisierung einmal mehr, dass sich das Versprechen, auf diese Weise die Preise senken zu können, nicht erfüllt.

www.kommunale-info.de

Kunden lehnen Privatisierung der Trinkwasserversorgung ab! KREFELD. Mehr als drei Viertel der Kunden lehnen eine Übernahme der Trinkwasserversorgung durch private Unternehmen ab. Lediglich 13 % stehen der Versorgung mit Trinkwasser durch Private positiv gegenüber. Dies geht aus einer aktuellen, vom Dimap-Institut im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) durchgeführten repräsentativen Kundenbefragung hervor. Die Zustimmung zu einer möglichen Privatisierung sei gegenüber der Kundenbefragung aus dem Jahr 2005 sogar nochmals deutlich gesunken. Damals konnten sich noch 24 % mit einer Übertragung der Wasserversorgung auf private Unternehmen anfreunden. Für Dr. Andres Schirmer, Vizepräsident des VKU und Technischer Geschäftsführer der Kommunalen Wasserwerke Leipzig, unterstreicht das Befragungsergebnis den hohen Stellenwert der kommunalen Wasserversorger in der Bevölkerung. „Kommunale Unternehmen stehen in der Trinkwasserversorgung für eine hohe Qualität und Versorgungssicherheit zu einem wirtschaftlichen Preis“, sagte Schirmer. <http://www.vku.de/>

Solarenergie soll Pflicht werden: MARBURG. Als erste deutsche Stadt will Marburg den Bau von Solaranlagen auf fast allen Dächern vorschreiben. Wenn das Stadtparlament mitspielt, könnte die solare Baupflicht schon zum Sommer in Kraft treten. Die geplante Solarsatzung sehe vor, dass bei jedem Neubau und bei jeder erheblichen Sanierung eines älteren Hauses Solaranlagen angebracht werden müssen, sagte Marburgs Bürgermeister Franz Kahle (Grüne) am Donnerstag bei der Vorstellung des Satzungsentwurfs. Die Kosten für die Solaranlage auf dem Dach oder an den Fassaden soll der jeweilige Gebäudebesitzer tragen. Ausnahmeregelungen seien für denkmalgeschützte Gebäude geplant und für Gebäude, deren Dächer immer im Schatten liegen. In diesen Fällen könne der Bauherr alternativ auch Nah- oder Fernwärmenutzen oder eine Heizungsanlage installieren, die keine fossilen Brennstoffe benötigt. 25 bis 40 Prozent der Energie für warmes Wasser und Heizen könne über die Sonnenenergie

abgedeckt werden, sagte Kahle. Die Satzung sei ein „Instrument der Wirtschaftsförderung“ und das heimische Handwerk könne von ihr profitieren.

www.meinepolitik.de

Zeichen für Gleichberechtigung und Integration: BOCHUM. Der Migrationsausschuss der Stadt Bochum hat beschlossen, sich für ein kommunales Wahlrecht für MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten einzusetzen. Einen entsprechenden Antrag hatten DIE LINKE. im Rat und die FDP-Fraktion gestellt. „Der Staat muss den hier lebenden MigrantInnen auch die Möglichkeit zur Mitbestimmung gewähren. Dazu gehört für uns selbstverständlich das kommunale Wahlrecht. Bochum hat mit dem gestrigen Beschluss ein positives Zeichen nach Düsseldorf und Berlin gesendet und die Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen mit Unterstützung des DGB NRW und der Wohlfahrtsverbände „Hier wo ich lebe, will ich wählen“ unterstützt. Jetzt ist die Bundesregierung gefordert, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen. Die Initiative hierfür hat die Linksfraktion im Bundestag bereits im Sommer ergriffen. Hoffentlich wird auch dort der Antrag der LINKEN von SPD, Grünen und FDP unterstützt.“

www.pds-ratsfraktion-bochum.de

Keine weitere Gewerbesteuerabsenkung! FRANKFURT A. M. Die Linke im Römer reagiert mit Kopfschütteln auf Berichte in den Medien, Kämmerer Uwe Becker würde „weitere Gewerbesteuerabsenkungen prüfen“. Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Römer, Lothar Reininger, kann das Ergebnis des Börsenumzuges nach Eschborn nicht lauten, sich nun in einen unverantwortlichen Steuerwettbewerb mit den Umlandgemeinden zu begeben. Reininger verweist in seiner Stellungnahme auf eine gemeinsame Erklärung der Frankfurter und Eschborner Kommunalfraktionen der Linken, in der es heißt: „Kommunale Politik in der Rhein-Main-Region endet nicht an den Stadtgrenzen“ – mit dieser Position wendeten sie sich schon 2006 gegen den sinnlosen Steuerwettbewerb zulasten der Region, von dem nur die Großunternehmen und ihre Aktionäre profitieren, zusätzlich zu den umfangreichen Steuergeschenken durch die frühere SPD-Grüne-Koalition und jetzige CDU-SPD-Koalition im Bund.“ Die Linke erinnert daran, dass die Absenkung der Frankfurter Gewerbesteuer um 6,1% umgehend von der Gemeinde Eschborn mit einer Absenkung von 6,7 % quittiert wurde. „Das ist ein Wettlauf, den Frankfurt immer verlieren wird“, so Lothar Reininger, der erbitterten Widerstand seiner Partei gegen weitere Steuerge-

schenke ankündigt: „Wenn die Römerkoalition ein weiteres Mal die Gewerbesteuer senkt, dann soll sie auch den Preis dieser politischen Idiotie nennen. Wir erwarten dann eine klare Aussage, welcher Hebesatz denn nun mittel- und langfristig gelten soll. Außerdem werden wir gegebenenfalls fragen, in welchen Bereichen Schwarz-Grün die entgangenen Einnahmen einsparen will.“

<http://dielinke-im-roemer.de>

Forderungen der LINKEN für Schüler umsetzen! GÖTTINGEN. Mehrfach haben Die Linke im Kreistag und die Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen gefordert, dass der Landkreis / die Stadt selbst Kosten für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien übernehmen sollte. Insbesondere betraf dies die Übernahme des Schülertransportes zum Besuch der Sekundarstufe II, die Einrichtung eines Lehrmittelfonds und die Finanzierung eines Mittagessens für Bedürftige. Die SPD stellte in beiden Gremien darauf folgend ähnliche Anträge, jedoch in der Regel mit der Zielsetzung die Landesregierung zur Finanzierung der Kosten aufzufordern. Das kritisierte Die Linke als Wahlkampftrümmel, der vor allem dazu diene, die CDU und FDP vor Ort zu attackieren, die ja bekanntermaßen die Landesregierung stellten und weiter stellen werden. Bei der Sozialausschuss-Sitzung des Kreistages am 6.2.2008 beantragte nun überraschenderweise die Mehrheitsgruppe aus CDU und Grünen die Finanzierung des Schülertransportes und einen Lehrmittelfonds für die Hartz IV-Betroffenen. Zuvor wurden von der Verwaltung bereits Zuschüsse für das Schulessen in Aussicht gestellt. Der sozialpolitische Sprecher der Kreistagsfraktion Andreas Gemmecke: „Vom Regelsatz der Grundsicherung kann Bildung nicht finanziert werden. Endlich wird der Kreistag Verantwortung übernehmen, statt sie per Resolution auf das Land oder den Bund zu delegieren.“

www.linksfraktion-goettingen.de

Wohnungspolitische Tagung: KÖLN. Kreisverband DieLinke.Köln, Landesverband DieLinke.NRW, Fraktion DieLinke.Köln, Kommunalpolitisches Forum NRW, Ökologische Plattform der Linke.NRW führen eine Wohnungspolitische Tagung mit zahlreichen Referenten und Arbeitsgruppen durch. Im Einladungsflyer heißt es: Eine angemessene Wohnung gehört für Die Linke zu den elementaren Voraussetzungen der sozialen Sicherheit und der Menschenwürde. Daher sind Wohnungen keine gewöhnlichen Waren. Eine aktive und sozial gerechte Wohnungspolitik gehört zu den Grundpfeilern des Sozialstaates. Die kapitalistische Organisation des Wohnungsmarktes

und die verfehlte Finanzpolitik der Bundes- und Landesregierung führen dazu, dass es zu wohnungspolitischen Problemen kommt und den Kommunen die Mittel fehlen, ihren Aufgaben im notwendigen Umfang nachzukommen. Hierunter leidet auch die kommunale Wohnungsbaupolitik. Der Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum verringert sich seit langem und wird sich in den kommenden Jahren weiter verringern. Demgegenüber steigen die Zahl der Einwohner/-innen, der Haushalte und vor allem derjenigen, die auf mietpreisgünstige Wohnung angewiesen sind. Weil es an mietpreisgünstigem Wohnraum fehlt, steigt in Wachstumsregionen, zu denen beispielsweise der Kölner Raum gehört, der Anteil der Ausgaben für Miet- und Nebenkosten am Einkommen besonders stark. Die zentrale Frage der Tagung lautet daher: Wer soll die erforderlichen Wohnungen, in welcher Qualität und mit welchen finanziellen Mitteln auf welchen Flächen errichten?

www.linksfraktion-koeln.de/

Kritik am Verhalten der Koalition: BERLIN. Mit völligem Unverständnis reagierte der Paritätische Wohlfahrtsverband auf die Ankündigung der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Christel Humme, dass das Gesetzgebungsverfahren zur Kinderförderung „auf Eis“ gelegt sei. Der Verband appelliert an die Verantwortung der Koalitionspartner, durch die zügige Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes Planungssicherheit für Kommunen und Praxis zu schaffen. Statt der Einführung eines Betreuungsgeldes schlägt der Paritätische eine spürbare Erhöhung des Kindergeldes für alle vor. „Es grenzt schon an Fahrlässigkeit, wie hier Kommunen und Praxis mit ihren Planungen völlig in der Luft hängen gelassen werden“, so Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. „Vordringlicher, notwendiger und sinnvoller als die Einführung eines Betreuungsgeldes ist die zügige Erhöhung des Kindergeldes, um den rasanten Kaufkraftverlust der letzten Jahre auszugleichen und Familien wirksam zu unterstützen.“

www.paritaet.org

Bessere Leistungen für die Wohngeld-Bezieher: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt die jüngsten Forderungen von Bundesbauminister Tiefensee zur Erhöhung des Wohngeldes. „Angesichts der Miet- und Einkommensentwicklung ist eine Erhöhung des Wohngeldes überfällig. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der drastisch gestiegenen Heizkosten. Bund und Länder müssen handeln“, sagte der Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg. Seit der bisher letzten Anpassung zum 1. Januar 2001 sind die Kaltmieten um 6,3 Prozent, die

kalten Betriebskosten um 10,1 Prozent und die Heizkosten um 38,1 Prozent gestiegen. Damit das Wohngeld auch weiterhin wirksam zu einem angemessenen und familiengerechten Wohnen beitragen kann, muss der Kostenanstieg durch verbesserte Wohngeldleistungen aufgefangen werden. Die Erhöhung des Wohngeldes muss so gestaltet werden, dass insbesondere Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen nicht mehr als so genannte Aufstocker in den Sozialbezug des SGB II fallen. 274.000 Haushalte erhalten nach dem SGB II ausschließlich Unterkunftskosten und keine finanzielle Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit. „Die Wohngeldreform sollte daher auch dazu genutzt werden, diese Haushalte wieder aus dem Hilffsystem für Arbeitssuchende herauszuholen und mit angemessenen Wohngeldleistungen zu unterstützen“, sagte Landsberg. www.dstgb.de

Neue Baugebiete bringen Gemeinden eher finanzielle Verluste: BERLIN. Rund 113 Hektar Freifläche werden derzeit in Deutschland pro Tag in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Begründet wird dies oft mit dem Argument, dass neue Baugebiete für Gemeinden zusätzliche Einnahmen aus Steuern und dem kommunalen Finanzausgleich bringen. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die vom Bundesamt für Naturschutz gefördert wurde, kommt zu anderen Ergebnissen: „Die Beispielrechnungen für Gemeinden in Wachstumsregionen am Rande größerer Städte zeigen, dass beim Wohnungsbau die gesamten Folgekosten für innere und äußere Erschließung sowie soziale Infrastruktur höher sein dürften als die zusätzlichen Einnahmen. Eine negative Bilanz ergibt sich oft auch für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete“, erklärt Projektleiter Michael Reidenbach. „Kommunen sollten sich deshalb auf die Innenentwicklung konzentrieren. Das kann Kosten sparen.“ Von Planern und Stadtökonomern wird in diesem Zusammenhang auf die besondere Bedeutung der ökonomischen Rahmenbedingungen für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme verwiesen. Weiterhin wäre zu prüfen, ob die im System des kommunalen Finanzausgleichs vordergründig bestehenden Anreize zur Baulandausweisung nicht eliminiert und stattdessen Anreize zum Erhalt von Freiflächen geschaffen werden sollten.

Die Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik wurde unter dem Titel: „Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse? Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und Gewerbegebieten“ (Michael Reidenbach u.a., 2007, 227 S.) als Bd. 3 in der „Edition Difu-Stadt Forschung Praxis“ des Deutschen Instituts für Urbanistik veröffentlicht. www.difu.de

(Zusammenstellung: ulj)

Verdi: Kein besseres Angebot – nun massive Warnstreiks

Mit massiven Warnstreiks vom 14. bis zum 22. Februar reagieren die Beschäftigten bei Bund und Kommunen auf die Täuschungsmanöver der Arbeitgeber. Verärgert über deren Mogelpackung vom 24. Januar zeigten sich die Vertreter/innen der ver.di-Landesbezirke und -Fachbereiche während der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam.

„Absolut ermutigend“ fand der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske am Dienstagmittag die Berichte aus den Betrieben und Dienststellen: Hohe Streikbereitschaft und ungewöhnlich viele Beitritte zur Gewerkschaft übermittelten die Mitglieder der ver.di-Bundestarifkommission aus ihren Bezirken.

Einhellig lehnten die Kolleginnen und Kollegen das „Angebot“ der Arbeitgeber ab. „Wir brauchen mehr Geld und nicht mehr Arbeitszeit“ sei deren Tenor ...

Auch ein Leistungsentgelt, das nur wenigen zugute käme, dürfe es nicht geben. Die Vorgesetzten hätten dabei doch nur die Beamtenbeurteilung und keine Zielvereinbarungen im Kopf.

Eine Abkoppelung komme nicht in Frage, wandten sich Kolleginnen aus Ostdeutschland gegen die Absicht der

Arbeitgeber, die dortigen Einkommen erst Monate nach jenen im Westen zu erhöhen ...

Die Verhandlungen am 11. und 12. Januar traten auf der Stelle, weil die Arbeitgeber in dieser dritten Runde kein besseres Angebot vorlegten. Vielmehr beharrten Bund und Kommunen, so Frank Bsirske, „auf ihrer Politik des Reallohnverlustes bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung“.

Bund und Kommunen bewegten sich auch nicht bei der für viele Beschäftigte wichtigen Frage der Fortgeltung von Ansprüchen auf Bewährungsaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen. Sie muss geregelt werden, solange es für Bund und Kommunen noch keine neue Entgeltordnung gibt.

Am Montagnachmittag war es zudem um die Ausbildungsvergütungen und die Übernahme von Auszubildenden gegangen, am Abend unter anderem auch um das von den Arbeitgebern angestrebte Leistungsentgelt.

Die nächste Verhandlungsrunde findet am 25./26. Februar wieder in Potsdam statt – nach den Warnstreiks, die den Arbeitgebern zeigen sollen, was die Kolleginnen und Kollegen von deren „Angebot“ halten. (www.verdi.de)

Beim „Angebot“ der Arbeitgeber würden die Beschäftigten noch draufzahlen

... ein kurzer Blick auf dessen Wortlaut offenbart schnell ihren durchsichtigen Trick: Die Zahl soll der Öffentlichkeit imponieren, aber tatsächlich stünden die Beschäftigten damit Ende 2009 schlechter da als heute. Denn die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen

2,5 Prozent zum 1. Februar 2008, 1,0 Prozent zum 1. Oktober 2008 und 0,5 Prozent zum 1. März 2009 summieren sich bei der von ihnen angestrebten Laufzeit von 24 Monaten auf gerade mal 2,5 Prozent mehr im Jahre 2008 und 0,4 Prozent mehr im Jahre 2009.

Diesen minimalen Anstieg sollen die Beschäftigten bei Bund und Kommunen nicht nur selbst finanzieren, sondern dabei sogar noch draufzahlen. Denn die Arbeitgeber wollen die Wochenarbeitszeit

ab 1. Juli 2008 auf 39,5 Stunden und ab 1. Januar 2009 auf 40 Stunden erhöhen.

Die angeblichen fünf Prozent werden überdies geschmälert, da für 2008 und 2009 jeweils 0,5 Prozent davon auf ein höheres Volumen für das Leistungsentgelt entfallen sollen – eine Zahlung, die nicht allen Beschäftigten zugute käme.

Von einer sozialen Komponente, wie Verdi sie fordert, ist im Angebot der Arbeitgeber erst gar nichts zu lesen.

Kein Wort auch zur Frage der Fortgeltung von Ansprüchen auf Bewährungsaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen, die geregelt werden müssen, solange es für Bund und Kommunen noch keine neue Entgeltordnung gibt.

Eine Erzieherin zum Beispiel, so Frank Bsirske in der Pressekonferenz, habe früher in der Entgeltgruppe 6 angefangen, sei aufgestiegen in die 8 und habe mit einer Zulage schließlich wie 9 verdient. Fielen nun diese Ansprüche weg, sei damit ein Verlust von 420 Euro im Monat verbunden, „ein Fünftel des Gehalts“. Dasselbe träfe beispielsweise auch Techniker, Ingenieure oder Stationsleitungen in Krankenhäusern – für den Verdi-Vorsitzenden ein „Vorstoß zur Abqualifizierung und Entwertung gesellschaftlich wichtiger Tätigkeiten“. Dabei sei es heute schon schwierig, im öffentlichen Dienst für diese Aufgaben Personal zu finden.

Frank Bsirske zeigte sich auch empört darüber, dass die Arbeitgeber „im Jahre 19 der deutschen Einheit“ noch immer einen Unterschied in der Bezahlung zwischen Ost und West machen wollten.

Zudem wies er ihre Absicht zurück, den Beschäftigten der Krankenhäuser die im Jahre 2006 vereinbarten 35 Euro pro Monat von einem Einkommensanstieg abzuziehen.

Lohnbewegung

Verdi in der Verteidigung

Die Gewerkschaft Verdi fordert mit 8 Prozent – 200 Euro mindestens eine Verbesserung der Lohnsituation. Die öffentlichen Arbeitsgeber, maßgebend hier die kommunalen Arbeitgeber, wollen dagegen eine Arbeitszeitverlängerung durchsetzen. So muss es zu einem Kräftemessen kommen, die Arbeitgeberseite will das durchstehen.

Die Gesellschaft der BRD legt großen Wert auf öffentliche Dienstleistungen. Das zeigt unter anderem der erbitterte Widerstand gegen Privatisierungen, der sich immer wieder in Volks- und Bürgerentscheidungen durchsetzt.

Die öffentlichen Dienste werden teils aus Steuern finanziert, teils aus Einnahmen etwa der Verkehrsbetriebe oder der Krankenhäuser. Das Angebot öffentlicher Dienste wird aber im Wesentlichen nicht über die zahlungsfähige Nachfrage gesteuert, sondern

Position der Kommunalen Arbeitgeber

Verhandlungsziel: 40-Stunden-Woche bei allen Kommunen – POTSDAM. Fünf Prozent mehr Entgelt, gestaffelt in drei Stufen, davon ein Prozent Zuwachs beim Leistungsentgelt und Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden – so die Eckpunkte des Angebots, das die VKA gemeinsam mit dem Bund bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst am 24. Januar vorgelegt hat. „Wir haben gesagt, dass wir die Beschäftigten an der allgemeinen Lohnentwicklung beteiligen möchten. Mit diesem Angebot unterstreichen wir unsere Ankündigung“, so VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle. „Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht für uns der Erhalt öffentlicher Dienstleistungen. Deshalb kann es eine solche signifikante Entgeltsteigerung nur in Verbindung mit Zugeständnissen bei der Arbeitszeit geben. Mit dem Ausbau der Leistungsorientierung setzen wir weiterhin auf die Reform des öffentlichen Dienstes.“ (...) Dieses Angebot gilt auch für die kommunalen Krankenhäuser. Dabei soll der Abschluss 2006, der außerhalb der regulären Tarifrunde stattfand und im Geltungsbereich des TVöD nur die kommunalen Krankenhäuser betraf, angerechnet werden. Die Beschäftigten hatten Zulagen in Höhe von 35 Euro (1,3 Prozent) erhalten. Das Leistungsentgelt soll nur an kommunalen Krankenhäusern gezahlt werden, die ertragsfähig sind. (www.vka.de, vom 24.01.2008)



durch politische Haushaltsbeschlüsse.

Die öffentlichen Arbeitgeber, die gleichzeitig politische Repräsentanten sind, über deren Schicksal Wahlen entscheiden, haben ein Interesse, durch ein breites Angebot öffentlicher Dienste die Bevölkerung für sich einzunehmen. Gleichzeitig wollen sie nicht durch Einzug erhöhter Steuern die Bevölkerung gegen sich aufbringen. Es bietet sich an, das Problem zu Lasten von Lohn und Arbeitszeit der Beschäftigten zu lösen. Dies versuchen gegenwärtig die Arbeitgeber.

Da sie anders als in den Vorjahren inzwischen nicht mehr mit einer Klemme der öffentlichen Haushalte argumentieren müssen, ist ihr Vorgehen tatsächlich dreist. Offensichtlich hält man Verdi für strategisch geschwächt.

Verhandlungsziel: Leistungsentlohnung auch für Ärzte – DÜSSELDORF. ...

Am 28.1. 2008, trafen sich die Vertreter vom Verband der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) und Marburger Bund. „Wir haben abermals deutlich gemacht, dass erneute Entgeltsteigerungen, wie sie der Marburger Bund für Ärzte fordert, für die kommunalen Häuser nicht verkraftbar wären. Dennoch suchen wir eine Lösung am Verhandlungstisch“, so VKA-Verhandlungsführer Joachim Finkenburg. Ein konkretes Angebot soll für die nächste Verhandlungsrunde vorbereitet werden. Die Eckpunkte der VKA für die kommunalen Krankenhäuser: „Finanziell sind uns durch die Vorgaben des Gesetzgebers die Hände gebunden. Unsere Kosten dürfen in diesem Jahr nicht mehr als 0,64 Prozent steigen. Davon haben wir sowohl die Sanierungsabgabe für die Krankenkassen in Höhe von 0,5 Prozent als auch die sonstigen Kostensteigerungen wie Verbraucherpreise und Energiekosten tragen. Die Krankenhäuser sind beim wirtschaftlichen Aufschwung Außen vor. Für Gehaltssprünge – zumal in der Höhe, wie sie sich der Marburger Bund vorzustellen scheint – ist dabei überhaupt kein Spielraum.“

Die VKA fordert außerdem, die leistungsorientierte Bezahlung auch für die Ärzte einzuführen. Seit 2005 gibt es für den gesamten öffentlichen Dienst das Leistungsentgelt. Auf Drängen des Marburger Bundes wurden hiervon die Ärzte ausgenommen. Fortsetzung am 20. Februar 2008 in Offenbach

www.vka.de, vom 24.01.2008)

Für diese Vermutung spricht, dass nach wie vor die Marktvergleichspreise für Tätigkeiten, die auch im öffentlichen Dienst gebraucht werden, auseinanderlaufen. Das ist auch der Grund für die Bildung von Sondergewerkschaften.

Verdi wird kämpfen müssen. Dabei wird es nicht möglich sein, aus der Wertschätzung für öffentliche Dienstleistungen unmittelbar Kraft zu gewinnen. Gute öffentliche Dienste würden auch geschätzt, wenn sie weniger kosteten. Mit Qualitätsverlusten zu drohen wäre heikel, gerade weil es sich um Dienstleistungen am Menschen, oft am hilfsbedürftigen handelt.

Dennoch kann Verdi auf Sympathie rechnen. Aber anderes als in der Privatwirtschaft führen Streiks im öffentlichen Dienst vorwiegend nicht zu Einnahmeausfällen, und wenn doch, dann nicht bei den Arbeitgebern, sondern abstrakt „im Haushalt“.

Im Moment spricht alles für eine langwierige Auseinandersetzung. Nach den jetzt angekündigten Warnstreiks wird Verdi wissen, ob die Voraussetzungen für einen großen, flächendeckenden Streik gegeben sind. – Die Arbeitgeber, das zeigt ihr Verhalten, glauben das nicht.

Marburger Bund sieht Lösung in Sicht

„Intensiv und interessant“ sei nach Angaben der Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) die zweite Runde der Tarifverhandlungen mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände für die rund 55000 Ärzte der 700 kommunalen Krankenhäuser verlaufen. Der Verhandlungsführer des Marburger Bundes, Lutz Hammerschlag, betonte, dass die Verhandlungsrunde „positive Signale“ für ein weiteres Treffen ergeben habe. Die Tarifparteien verständigten sich auf eine Fortsetzung der Verhandlungen am 20. und 21. Februar in Offenbach am Main, bei der die Arbeitgeber nach Angaben Hammerschlags ein konkretes Angebot vorlegen werden.

Hammerschlag: „Wir sind heute in einzelne Positionen unserer Forderungstabelle detailliert eingestiegen.“ Auf dieser Verhandlungsgrundlage lasse sich bei der dritten Runde Ende Februar weiter aufbauen.

Der Marburger Bund fordert für die Ärzte in den kommunalen Krankenhäusern eine durchschnittliche Einkommenserhöhung von 10,19 Prozent. Begründet wird diese Forderung mit besseren Einkommensbedingungen in anderen Krankenhäusern der Republik. „Wir fordern nichts, was wir nicht schon mit anderen Klinikarbeitgebern bereits vereinbart haben“, so Hammerschlag, der auf die höheren Ärzteeinkommen in Universitätskliniken hinwies.

BDA warnt vor arbeitsmarktpolitischem Gift. FAZ, Mo. 21.1.08.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) bezeichnet das längere Arbeitslosengeld I als Gift für den Arbeitsmarkt und wirft der Regierung vor, den „Rückwärtsgang“ ausgerechnet bei einer Reform einzulegen, die innerhalb kürzester Zeit zu greifbaren Erfolgen geführt habe. „Sie schlägt dabei die einhellige Expertenmeinung in den Wind, um in populärer Weise eine vermeintliche ‚Gerechtigkeitslücke‘ zu füllen“, so die BDA.

Verband der Straßentransporteur ge- gen „Verursacher-zahlt“-Prinzip. FAZ, Die. 5.2.08.

Die EU-Kommission will die EU-Länder schrittweise verpflichten, die externen Kosten des Verkehrs – z.B. Luftverschmutzung, Lärm, Klimaveränderungen, Verkehrsüberlastung und Unfälle – in die Preise für Verkehrsdienstleistungen einzubeziehen. Sie beruft sich dabei auf die schon bestehende Wegekosten oder Eurovignetten-Richtlinie. Dies soll Grundlage für effiziente und faire Preisgestaltung z.B. der Straßenbenutzungsgebühren bilden. Der Internationale Dachverband der Straßentransporteur (IRU) heißt dieses Prinzip nicht für gut und rät der Kommission von Gesetzesvorschlägen für weitere Steuer- und Abgabensysteme im Verkehr ab.

Arbeitgeber laufen geschlossen Sturm gegen Mindestlohnpläne. FAZ, Mi. 6.2.08.

Die BDA hat die Regierung aufgefordert, die Referentenentwürfe zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz und zum Mindestarbeitsbedingungsgesetz (Miag) zurück zu ziehen: die Entwürfe wären die Ermächtigungen zu einem flächendeckenden staatlichen Lohndiktat, mit dem sogar die in einer Branche überwiegend angewandten Tarifverträge (TV) außer Kraft gesetzt werden könnten. „Dies käme einer Ermächtigung zur Abschaffung der Tarifautonomie gleich.“ Die Entrüstung bezieht sich auf die Möglichkeit der Aufnahme aller Branchen mit einer Tarifbindung von über 50 % in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, sofern die Sozialpartner bis 31. März 08 einen Mindestlohn-Tarifvertrag schließen und ihn für allgemeinverbindlich erklären lassen. In Wirtschaftszweigen mit einer geringeren Tarifbindung sollen Mindestlöhne über eine Novellierung des Miag eingeführt werden können. Die Arbeitgeber bemängeln an einer Ausweitung des Entsendegesetzes, dass sich die Tarifbindung von mindestens 50 % aus einer Addition von Firmen- und Branchentarifverträgen unterschiedlicher Tarifvertragsparteien ergeben soll. Dadurch könne ein TV einem ganzen Wirtschaftszweig aufgezwungen werden, selbst wenn nur ein kleiner Teil diesen TV abgeschlossen habe.

Presseauswertung: rst

Der Wind beginnt sich zu drehen – die Linke verändert das Land

Durch den Einzug der LINKEN in den Landtag ist es in Hessen spannend geworden. Ohne uns wäre schon alles klar: Wir hätten eine schwarz-gelbe Landesregierung unter einem Ministerpräsidenten Koch. Die Landtagswahlen haben die Mehrheitsverhältnisse grundsätzlich verändert. DIE LINKE hat sich in einem Lager-Wahlkampf neben schwarz-gelb und rot-grün als dritte Kraft behauptet. (...) Nunmehr haben wir es in Hessen wie auch im Bundestag, in Bremen und Niedersachsen, mit einem 5-Parteien-System zu tun. Es fällt der politischen Klasse schwer, sich mit dem Ergebnis der Wahlen abzufinden und die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler zu akzeptieren. (...)

In Hessen dürfen nicht mehr die Armen, sondern muss endlich die Armut bekämpft werden; Hartz IV muss weg. Ein Mindestlohn von 8,44 € muss durchgesetzt werden. Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, das zu mindestens 25.000 Existenz sichernden Arbeitsplätzen führt, wäre eine hessische Alternative zur Agenda 2010.

Hessen muss Bildung für alle garantieren. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht länger über die Chancen von Kindern entscheiden. Eine Neuausrichtung der Bildungspolitik in Hessen ist für DIE LINKE unverzichtbar. Unsere Bildungsreform beinhaltet Gemeinschaftsschulen, die Abschaffung aller Studiengebühren und die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. Hessen muss allen Kindern ein kostenloses Mittagessen garantieren.

Hessen muss mehr Demokratie wagen. Die Wählerinnen und Wähler haben die Regierung Koch abgewählt. Sie wollen keine Fortsetzung der CDU-Politik, in welcher Variante und mit welchen Personen auch immer. (...)

Der LINKEN geht es im Hessischen Landtag, in den kommunalen Vertretungen und im Alltag um konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen, dass die Anforderungen an unsere Arbeit mit unserem Wahlerfolg gewachsen sind. (...)

Für DIE LINKE zählt der Wille der Wählerinnen und Wähler. Es gibt in Hessen eine Mehrheit links von CDU und FDP. Die SPD muss sich nun entscheiden, ob aus der rechnerischen Mehrheit eine politische Mehrheit wird, ob sie ihre Wahlversprechen einlöst oder ob sie bereits heute darauf verzichtet: Zusammen

mit der FDP gibt es keinen Mindestlohn, zusammen mit der CDU keine Gemeinschaftsschulen. Eine große Koalition in Hessen ist das Programm des weiteren Sozialabbaus. (...)

DIE LINKE wird ihre Wahlversprechen einhalten. DIE LINKE hat für einen Politikwechsel kandidiert und ist dafür gewählt worden. Dabei bleibt es. DIE LINKE hat den Wählerinnen und Wählern gesagt, nur mit ihrem Einzug in den Landtag werden CDU und FDP die Mehrheit verlieren. Das ist eingetreten. SPD und Grüne versuchen, darüber hinweg zu täuschen: Sie wollen den Eindruck erwecken, dass der Einzug der LINKEN Hessen unregierbar gemacht hat bzw. zur einer großen oder einer Ampel-Koalition zwingen würde. Das ist nicht nur falsch, sondern widerspricht auch dem Wählerwillen. Für DIE LINKE bleiben die politischen Inhalte und nicht das Koalitions-Gerangel Feld ihrer Arbeit. (...) (gekürzt, O.A.)

Niedersachsen: Als erstes gibt es einen Antrag zum Mindestlohn

In Niedersachsen hat die Linksfraktion erste außerparlamentarische Verabredungen getroffen. – Aus einem Gespräch der Zeitung Junge Welt, Peter Wolte, vom 06.02.08 mit Manfred Sohn*.

Vergangene Woche gab es in Hannover-Linden ein Treffen Ihrer Fraktion mit Vertretern außerparlamentarischer Bewegungen. Wurden da schon Verabredungen getroffen?

Eine ganze Menge. Anwesend waren ungefähr 200 Leute. Gesprochen haben der DGB-Landesvorsitzende sowie Vertreter von Einzelgewerkschaften und wichtigen Bürgerinitiativen. Die haben uns mitunter sogar konkrete Antragswünsche in die Feder diktiert. Wir werden uns mit diesen Leuten in den nächsten Wochen zusammensetzen und prüfen, wie wir unsere Aktivitäten im Parlament mit denen außerhalb verknüpfen können.

Läßt sich jetzt schon absehen, ob dieser Meinungsaustausch zu konkreten parlamentarischen Initiativen führt? Was wird die Fraktion als erstes tun, sobald der Landtag seine Arbeit aufnimmt?

Als erstes wollen wir eine Initiative zur Durchsetzung des Mindestlohns auf Landesebene starten. Konkret heißt das: Das Landesvergabegesetz muß so geändert werden, daß das Land Niedersachsen keine Aufträge mehr an Unternehmen vergibt, die nicht mindestens acht Euro Stundenlohn zahlen ...

*Manfred Sohn wurde am 27. Januar auf Platz zwei der Landesliste der Linkspartei in den niedersächsischen Landtag gewählt.
<http://www.dielinke-nds.de/>

Das Interesse war überwältigend. Wir hatten etwa 100 Teilnehmer erwartet. Es kamen jedoch über 250. Wir vom Dialogkreis, die wir die Konferenz vorbereitet hatten, fühlten uns in unserem Slogan bestätigt: „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden.“ Erfreulicher Weise konnte das Abgeordnetenhaus Berlin einen größeren Saal zur Verfügung stellen, so dass alle gut untergebracht werden konnten. Die Simultanübersetzung war vorzüglich.

Das Ziel der Tagung war es, eine Strategie für eine friedliche Lösung des Konflikts zu diskutieren. Dazu hatten wir im Rahmen des Monitoring-Projekts ein Dossier erarbeitet. Nach einer ausführlichen Begrüßung durch den Berliner Abgeordneten Giyasettin Sayan begründete Prof. Dr. Andreas Buro die Ziele der Konferenz. Er nannte fünf Prinzipien:

- Konflikttransformation von der militärischen auf die politische Ebene,
- Vertrauensbildung durch einseitige Schritte und Vorleistungen,
- Bekenntnis zu und Formulierung einer Politik der Aussöhnung und des gegenseitigen Respekts im Rahmen des Nationalstaates Türkei,
- Lösungen mit Vorteilen für alle Seiten,
- Leitfaden sind die Menschenrechte, nicht nationalistische oder separatistische Ziele.

Es ging nicht um Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite, sondern um die Frage, was könne jede Seite einseitig oder im Dialog für eine friedenspolitische Lösung tun.

In seinem einführenden Vortrag berichtete der Sprecher des Friedensrats der Türkei, Herrn Prof. Dr. Cengiz Gülec, über die Arbeit dieser neu gegründeten Organisation. Die Intellektuellen seien in der Türkei auf dem Vormarsch und arbeiteten an eigenen Lösungen für den Konflikt. Die Kurden suchten eine friedliche Lösung nach Gesichtspunkten einer demokratischen Moral. Wichtig sei es, die kulturelle Identität der Kurden zu wahren. Die Verurteilung der kurdischen Seite als Terroristen müsse auch in Europa überwunden werden.

Die Vorträge und Diskussionen verliefen in drei Stufen, in denen jeweils aus türkischer, kurdischer und EU-europäischer Sicht vorgetragen wurde. In der ersten Stufe gab es aktuelle Analysen der Akteure im Konflikt und ihrer Interessen von Dr. Gülistan Gürbey, Mehmet Sahin und Prof. Dr. Udo Steinbach. Alle wiesen auf die gefährliche Situation hin und die Möglichkeit der Ausweitung des Konflikts zu einer regionalen Katastrophe. Dadurch wurde die Dringlichkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts drastisch unterstrichen. Erstaunlich sei, wie wenig die EU

Perspektiven für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts

Bericht über die Konferenz in Berlin am 18. Januar 2008

den Ernst der Lage begriffen habe und wie untätig sie bleibe.

In der zweiten Stufe trugen der Journalist Rusen Cakir von der Tageszeitung Vatan, der Fraktionschef der DTP in der Großen Nationalversammlung Ahmet Türk und Prof. Dr. Udo Steinbach vor. Letzterer kritisierte, dass die Lösungsvorschläge aus dem Dossier mehr in die Zeit der 90er Jahre passen würden, als in die Gegenwart. Seither habe sich in der Türkei vieles positiv verändert. In der teils heftigen Diskussion wurde dem widersprochen und erneut auf die aktuellen Gefahren in der Gegenwart hingewiesen. Kon-

Mehrere hundert Teilnehmer diskutierten Mitte Januar auf mehreren großen Veranstaltungen in Berlin mit Vertretern der Demokratiepartei DTP, der Fraktion der Kurden im türkischen Parlament, die aktuellen Entwicklungen in den Kurdengebieten und die Menschenrechtssituation in der Türkei im allgemeinen. Veranstalter waren die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Linksfraction im Bundestag und der Kölner „Dialog-Kreis“, gemeinsam mit kurdischen, türkischen und armenischen Organisationen. – Die Angriffe des türkischen Militärs auf vermeintliche Stellungen der PKK-Guerilla im Irak seit Ende 2007 haben die Spannungen in der Region massiv verschärft. Das wurde auf allen Veranstaltungen deutlich. Groß war auch die Verärgerung der mehrheitlich kurdischen Teilnehmer über die Ignoranz, mit der die

Prof. Dr. Norman Paech, Mitglied des Bundestages in der Fraktion Die Linke, und Prof. Dr. Cengiz Gülec, Sprecher des Friedensrats der Türkei. Angelika Beer von den Grünen im Europaparlament konnte wegen einer Operation, Angelika Graf von der SPD-Fraktion wegen Erkrankung nicht teilnehmen. CDU und FDP sahen sich nicht in der Lage, einen Vertreter zu entsenden. Gesprochen wurde über die tiefe Sehnsucht der Kurden nach Frieden und soziale Lernprozesse in der Türkei. Eine Kultur des Friedens gelte es zu entwickeln. Kritisiert wurde unter anderem, dass in Deutschland die Bedeutung

deutschen Parteien (ausgenommen die Linkspartei) und die Europäische Union der kurdischen Bevölkerung und den insgesamt wieder zunehmenden Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei begegnen. Mehrfach wurde die Sorge laut, der wachsende Einfluss der faschistischen MHP in der Türkei könne den Konflikt zwischen Kurden und türkischem Staat umwandeln in einen von völkischem Hass getriebenen Konflikt zwischen türkischen und kurdischen Nachbarn – eine Perspektive, die die kurdische Politik mit allen Mitteln verhindern will. – Wir dokumentieren mit freundlicher Genehmigung der Verfasser einen Kurzbericht von Andreas Buro über die Tagung des Dialog-Kreises am 18. Januar im Berliner Abgeordnetenhaus und den Beitrag von Mehmet Sahin, Dialog-Kreis, auf dieser Konferenz. (rül)

troversen ergaben sich auch mit Rusen Catir, der unter anderem das Verhalten der kurdischen Seite kritisierte hatte. Von der Moderation kam die Mahnung: „Wer Dialog will, müsse auch Dialog aushalten können.“

In der Schlussrunde, die von Frau Dr. Gisela Penteker von der IPPNW moderiert wurde, sprachen: Frau Sebahat Tuncel, Mitglied der DTP-Fraktion,

der „Kurdenfrage“ noch immer nicht erkannt würde. Die EU müsse den Angriff des türkischen Militärs auf Nord-Irak unterbinden.

Prof. Dr. Andreas Buro konnte zum Abschluss Gemeinsamkeiten in der Diskussion zusammenfassen.

- Die Verurteilung der kurdischen Seite als terroristisch müsse aufgehoben werden, da diese Friedenspolitik na-

tional und international schwer behindere.

- Die kulturelle Identität der Kurden müsse anerkannt und auch in der Neufassung der Verfassung festgeschrieben werden.

- Der Friedensrat der Türkei sei zu unterstützen in seinen Bemühungen um eine Lösung des Konflikts und um eine Kultur des Friedens.

- Die Existenz der DTP dürfe nicht in Frage gestellt werden. Sie sei ein wichtiger Dialog-Partner für die Lösung des Konflikts.

- Beide Konfliktparteien müssten auch die Gefahreiner Eskalation der gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb der Türkei zur Kenntnis nehmen, die zu einer zunehmenden Verfeindung zwischen Türken und Kurden führen könne.

- Die EU und die EU-Staaten müssten endlich begreifen, dass es in ihrem uesten Interesse liege, den Konflikt friedlich beizulegen und damit eine gefährliche Ausweitung der Kämpfe zu verhindern, welche die ganze Region erschüttern könnten. Prof. Steinbach sei zuzustimmen, die Kurdenfrage könne die „Palästinenserfrage“ des 21. Jahrhunderts werden.

- Für die Türkei, die Mitglied der EU werden wolle, sei es unabdingbar, die dominante Rolle des Militärs zurück zu drängen.

- Generell müsse an die Stelle der Politik der Konfrontation eine Politik der Aussöhnung treten.

Dieser kurze Bericht kann nicht die vielen differenzierten Argumente wiedergeben. Soweit uns Texte der Vorträge zur Verfügung stehen werden, wollen wir diese über unseren Verteiler der ‚Nützlichen Nachrichten‘ als Artikeldienst zugänglich machen.

(Berichterstatte: Andreas Buro, Dialog Kreis)

Aktuelle Interessen und Perspektiven im Konflikt aus der Sicht der kurdischen Akteure

Von Mehmet Sahin

Die Kurdenfrage ist eine ungelöste nationale Frage

Die Kurdenfrage ist einer der ungelösten Nationalitätenfragen im Nahen Osten mit einer unvergleichbaren Dimension, die auf einer Fläche von über 500.000 qkm eine Bevölkerung über 30 Millionen Menschen betrifft.

(...) Der 29. Aufstand der Kurden, der von der PKK seit einem Vierteljahrhundert geführt wird, dauert noch an.

Die PKK hat in diesem Kampf die vor 90 Jahren willkürlich durch Kurdistan gezogenen Grenzen durchkreuzt. In den Reihen der PKK sind Tausende Kurden auch aus dem Iran, Irak und Syrien organisiert und Tausende von ihnen haben in einem anderen Teil Kurdistans ihr Leben verloren. Eben wegen dieser Politik erbt sie immer wieder neue Kämpfer aus den Reihen der Kurden, weil der Wunsch und der Wille der voneinander gerissenen und mit Zwang getrennten Familien, Sippen und Stämme nach einem Leben

ohne Grenzen und Minenfelder, ohne Passzwang sich durch Kurdistan zu bewegen, sehr groß ist.

Wie jedes Volk hat auch das kurdische Volk das Recht, über sein Schicksal selbst zu entscheiden. Die Wege hierzu sind von Fall zu Fall unterschiedlich, aber nicht sehr vielfältig: Selbstverwaltung, Föderalismus, Konföderalismus und Nationalstaatlichkeit. Und natürlich auch das Recht auf Wiedervereinigung der mit Zwang getrennten Völker.

Eine Friedenssuche, die diese Op- ▶

tionen und Möglichkeiten tabuisiert und nicht thematisiert, wird am Ende nicht erfolgreich sein. Man kann für eine bestimmte Zeit partielle Errungenschaften erzielen. Da aber die Behandlung lokal und partiell bleibt, wird es sich an einem anderen Ort noch deutlich und spürbar zeigen und die politische Tagesordnung weiterhin beschäftigen.

Da wir uns auf dieser Konferenz auf die türkisch besetzten Teil Kurdistans konzentrieren und die Möglichkeiten und Perspektiven zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage ausloten möchten, möchte ich mich nun diesem Part widmen.

Die Kurdenfrage in der Ära der Republik Türkei

Der Grundstein der Türkei ist gelegt auf dem Fundament „jeder, der in der Türkei lebt, ist Türke“. Die Säulen dieses Fundaments, die aus einem multiethnischen und multireligiösen Vielvölkerstaat einen unitaristischen Staat mit einer Einheitsnation, Einheitssprache, Einheitsfahne und Einheitsreligion schaffen sollten, haben die anderen Ethnien und Völker, die in dieses Schema nicht passten oder die nicht bereit waren, sich zu verneinen, entweder vernichtet oder vertrieben oder zwangsassimiliert. Beispiele dieser Politik hat es im letzten Jahrhundert reichlich gegeben: die Vernichtung der Armenier und Assyrer, die Vertreibung der christlichen Minderheiten wie Griechen, der grenzenlose Staatsterrorismus gegen das kurdische Volk auch heute noch.

Am 27. April 2007 ließ Generalstabschef Yasar Büyükanit folgendes erklären: „Wer sich gegen den Ausspruch des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk, ‚Ne mutlu Türküm diyene – Welch ein Glück, Türke zu sein‘ stellt, ist ein Feind der Republik. Die Armee wird ihre Position und ihre Einstellungen offen zeigen, wenn es notwendig wird. Daran sollte niemand zweifeln...“ (Internetseite des Generalstabes und türkische Presse, 27.4.07)

Mit dieser Äußerung und politischen Haltung degradierte General Büyükanit pauschal die Kurden, die den Inhalt dieser Losung nicht teilen, zu Feinden der Republik Türkei. Er fasste die ganze türkische Politik gegenüber den Kurden ungewollt Mitte Dezember 2007 mit folgenden Worten erneut zusammen: „In dem Kampf gegen den Terror, den wir seit 1984 führen, haben wir, hat die Türkei sich die hohen Werte der Menschlichkeit entwenden lassen. Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Frieden, diese Werte der Menschlichkeit, hat sich die Türkei entwenden lassen, und nun dienen sie den Interessen der Terrororganisation.“ (Kurdistan-Post, 11.12.07; FAZ, 18.12.07)

(...) Ohne eine grundlegende Ände-

rung der kemalistischen Politik gegenüber dem kurdischen Volk und den religiösen und ethnischen Minderheiten, ohne die Beseitigung der Gründe der sich stets wiederholenden Aufstände der Kurden, wird es nicht möglich sein, die Kurdenfrage zu lösen.

Entstehung der PKK

Der Vernichtungs- und Assimilierungspolitik der Türkei widersetzten sich die Kurden von 1920 bis 1938 ununterbrochen mit lokalen Aufständen. Alle Aufstände der Kurden wurden blutig niedergeschlagen. Tausende, Zehntausende von Menschen wurden ermordet, Hunderttausende zwangsdeportiert.

Nach der blutigen Zerschlagung des Ararat-Aufstandes Anfang der 30er Jahre sagten die Kemalisten stolz, dass „der Traum der Kurden von einem Kurdistan“ auf dem Berg Ararat begraben sei.

Auch danach hat es Bestrebungen der Kurden gegeben, diesen Traum mit Leben zu erfüllen. Junge kurdische Studenten und Akademiker haben sich immer wieder in kleinen Gruppen zusammen gefunden, um sich gegen die brutale Unterdrückung des türkischen Staates einzusetzen.

Die Jahre um die Mitte der 70er Jahre waren die Blütezeit des kurdischen Erwachens. Damals entstanden über zehn im Untergrund arbeitende kurdische Parteien, wurden Dutzende prokurdischen Jugendvereine gegründet, prokurdische Zeitschriften und Bücher herausgegeben usw. Auch eine Gruppe um den kurdischen Studenten Abdullah Öcalan in Ankara zählte dazu, die als Apocu genannt wurden. Sie haben keine Vereine gegründet, keine Bücher und Zeitschriften herausgegeben. Sie erwiderten die Gewalt des türkischen Staates und der Straße mit Gegengewalt. Gewalt auch gegen andere kurdische Organisationen und türkische linke Gruppierungen wurde angewandt. Mit der Zeit wurde die Logik der Gewaltanwendung verherrlicht. Eben wegen dieser Vorgehensweise konnten sie binnen kürzester Zeit sehr viele Jugendliche in ihren Reihen organisieren. Auf dieser Basis entstand Ende November 1978 in Lice, Provinz Diyarbakir, die Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK.

Auf die Fahnen geschrieben hat sie „einen unabhängigen, vereinten, demokratischen und sozialistischen Staat Kurdistans“. Um diesen Ziel zu erreichen, musste auch in allen Teilen Kurdistans organisiert werden und die Legitimität der Kurdistan teilenden Grenzen hinterfragt werden.

Alle anderen Organisationen und Parteien gerieten nach dem Putsch vom September 1980 mit der Zeit in die Bedeutungslosigkeit, mit Ausnahme der PKK. Sie wurde in den letzten 30

Jahren immer wichtiger im politischen Alltag in Kurdistan. In den letzten Jahren ist die PKK ausnahmslos die Nummer 1 auf der politischen Agenda in der Türkei. Kein Tag vergeht, ohne dass die politische Elite in Uniform und Zivil nicht von der PKK gesprochen hat. (...)

Solidarisierung mit der PKK

Nach jedem großangelegten türkischen Angriff auf die Kurden kam die PKK noch gestärkt hervor: Dies war nach dem Septemberputsch 1980 so, nach der Auslieferung Öcalans an die Türkei im Frühjahr 1999 und zuletzt nach den grenzüberschreitenden Operationen der türkischen Militärs auf Irakischem Kurdistan seit Dezember 2007. Bei solchen Angriffen kommt eine spontane Solidarisierung mit der PKK zustande. Selbst die ehemaligen Anhänger der PKK, die sich vorher von ihr getrennt hatten, versuchen nach solchen Angriffen sie nach Kräften zu unterstützen.

Fast aus jedem Dorf, aus jeder Sippe gibt es mindestens einen von der Türkei ermordeten Menschen. Die Zahl der ermordeten Guerillas schätzt man auf 30.000. Die Zahl der verwundeten Kämpfer, die während des Krieges ihr Augenlicht, ihre Beine und Hände verloren haben, weiß keiner.

Wenn die Familiengrößen durchschnittlich mit 10 angenommen werden, macht die Zahl der direkt betroffenen Menschen etwa 300.000. Wenn man die Onkels und Tanten, die Cousins und Cousinen dazu zählt, erhält man eine Zahl von etwa zwei bis drei Millionen, die Verwandte oder Angehörige in diesem Krieg verloren haben. Die etwa zwei bis drei Millionen Vertriebenen und die letzten zwei Generationen, die in Schutt und Asche aufgewachsen und kein normales Leben geführt haben, muss man nicht vergessen mitzuzählen. Das heißt, mindestens jeder vierte Kurde in der Türkei ist ein direkter Betroffener und Opfer des seit einem Vierteljahrhundert ununterbrochen andauernden Krieges, somit ein potenzieller Unterstützer der PKK.

Die Operationsgebiete der PKK umfassen innerhalb der Grenzen der Türkei über 200.000 qkm, vom Ararat bis Antakya am Mittelmeer, von Gümüşhane am Schwarzmeer bis Maras am Taurusgebirge, von Sivas bis Hakkari. Außerdem ist die PKK in allen Teilen Kurdistans – Türkei, Iran, Irak und Syrien – sowie nach Angaben des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei in über 100 Staaten dieser Erde organisiert (Ende November 2000).

Sie ist heute einer der größten Widerstandsbewegung der Welt mit Zehntausenden zum Tode bereiten Mitgliedern, mit Millionen von Anhängern, mit Tausenden von bewaffneten Kämpfern, mit eigenen Fernseh- und Rundfunk-

sendern, mit Hunderten von Vereinen und mit zahlreichen Massenblättern.

Suche nach einer friedlichen Lösung

Seit Anfang der 90er Jahren versuchte die PKK, einen Weg zu finden, um die Kurdenfrage innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei friedlich zu lösen. Als der damalige Staatspräsident Özal die Botschaft über Celal Talabani an die Adresse Abdullah Öcalans vermittelte, die PKK solle einen einseitigen Waffenstillstand ausrufen, war dies für die PKK ein willkommenen Anlass. Um die Newroz-Zeit 1993 erklärte die PKK den ersten Waffenstillstand, der allerdings mit der Vergiftung Özals im April 1993 ins Wanken geriet und mit der Ermordung von über 30 türkischen Soldaten im Mai desselben Jahres zum endgültigen Scheitern verurteilt war.

Auch danach brachte die PKK ihre Waffen mehrmals einseitig zum Schweigen, um der friedlichen Lösung der Kurdenfrage eine Chance zu geben. Diese Versuche der PKK wurden von der türkischen Macht als Zeichen der Schwäche empfunden. Als der Vorsitzende der PKK Öcalan nach einer drei Kontinente umfassenden Reise durch Europa, Asien und schließlich Afrika Mitte Februar 1999 an die Türkei ausgeliefert wurde, dachten die türkischen Machthaber, dass die PKK besiegt und der „Traum der Kurden nach einem Kurdistan“ endgültig aus der Welt geschafft wurde. Nach einer Reihe von Brandanschlägen im Herzen Istanbuls durch kurdische Jugendliche erklärte der damalige Premier Ecevit eine Woche nach Auslieferung der Öcalans, dass die PKK doch nicht besiegt sei.

Am 2. August 1999 forderte der zum Tode verurteilte und sich auf einer Insel in Isolationshaft befindende Öcalan die Guerilla auf, sich nach Irakisch-Kurdistan zurückzuziehen und den bewaffneten Kampf einzustellen. Diese Aufforderung folgte die Organisation, und die Guerilla zog sich unter massiven Operationen der türkischen Armee in monatelangem Fußmarsch durch die Berge und Täler Kurdistans nach Irakisch-Kurdistan zurück. Für den Rückzug und für die Fortsetzung des bis Mitte 2004 andauernden einseitigen Waffenstillstandes opferte die PKK über 500 Kämpfer.

In dieser relativ ruhigen Zeit, in der über 500 Menschen geopfert wurden und die PKK untätig blieb, und auch mit der neuen und den Kemalismus verharmlosenden Politik Öcalans kehrten Tausende Mitglieder und Sympathisanten der PKK den Rücken und haben sich von ihr getrennt. Erst nach der erneuten Kampfaufnahme seitens der PKK kam diese Trendwende zum Stehen. (...)

Zu viele Konzepte und Lösungskataloge

In den letzten sechs bis sieben Jah-

ren herrschte in den Reihen der PKK und ihrer Unterstützer ein politisches Chaos. Die unabgestimmten Vorschläge Öcalans sorgten für Verwirrung unter den Mitgliedern und in den Reihen der Sympathisanten. Weder die Kader und führenden Funktionäre der PKK noch die Mitglieder und Kämpfer verstanden die neuen Botschaften ihres Führers. Konzepte, Road Maps, Auflösung und Neugründung von Organisationen folgten einander.

Selbst die Anhänger wussten nicht, unter welchem Namen sie nun firmieren. Auflösung der PKK, Gründung von KADEK, Auflösung von KADEK, Gründung von Kongra-Gel, Neugründung der alten PKK, Gründung von KKK, Auflösung der KKK und Gründung von CKK usw. sorgten für Unklarheit sowohl bei PKKlern als auch bei Dritten.

Auch die Kampagnen und Konzepte, die alle sechs Monate ihren Platz zugunsten einer neuen räumen mussten, waren keine Seltenheit:

- Kampagne „Erlernender kurdischen Sprache“,
 - „auch ich bin ein PKKler“,
 - „Schutz und Erhalt der Gesundheit von Öcalan“,
 - „für eine Generalamnestie“,
 - „Friedenskampagne für die demokratische Lösung“,
 - „für die Freilassung Öcalans“,
 - „für die gleichberechtigte Bürgerschaft“,
 - „Öcalan ist mein politischer Repräsentant“,
 - „seine Gesundheit ist unsere Gesundheit“
 - und die Kampagne „Es reicht“
- sowie unzählige voneinander abweichende Lösungspakete und -konzepte sind nur einige, die ich aufzählen könnte.

Auch politische Lösungsmodelle wurden verbreitet, ohne ihren Inhalt abzuchecken: Die aus Imrali verbreitete Forderung nach einer „Demokratischen Republik“ oder nach „Anerkennung der kulturellen Identität der Kurden“, „Konföderalismus“, „10- oder 8- oder 7-Punkte-Kataloge“, „demokratische Selbstverwaltung“, „Autonomie“ gehören dazu.

Welchen dieser Vorschläge, Kataloge und Konzepte man als Grundlage für die Lösung der Kurdenfrage nehmen sollte, ist selbst für die aktiven PKKler ein Rätsel geblieben.

Wenn die PKK glaubwürdig und eine ernstzunehmende Konfliktpartei bleiben will, muss sie bei einem gut abgecheckten und ausgeloteten Lösungsmodell bleiben, Vertrauen schaffen und hartnäckig daran arbeiten, dass es zu einem Durchbruch kommt.

Die PKK und die DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft)

Seit Anfang der 90er Jahren bemüht

en sich die Kurden, sich auch auf der legalen demokratischen Ebene in die Politik in der Türkei einzumischen. Zu diesem Zweck haben sie mehrere Parteien gegründet, die nach und nach verboten wurden: HEP, DEP, ÖZDEP, DKP, DBP, HADEP, DEHAP sind einige von ihnen.

Nicht nur Parteiverbote kennzeichneten die Verfolgungsjagd, auch die gezielte Ermordung Hunderter von kurdischen Aktivisten gehört dazu. Weil diese Parteien die Lösung der Kurdenfrage auf ihre Fahnen geschrieben haben, hatten auch die Anhänger der PKK die Gelegenheit, sich in diesen legalen Parteien zu artikulieren.

Die Zehn-Prozent-Hürde, das antidemokratische Parteiengesetz und andere in der Verfassung und den Gesetzen festgeschriebenen Barrieren wie z.B. das Anwendungsverbot der kurdischen Sprache bei Parteiaktivitäten dienten dazu, prokurdische Parteien vom Parlament fernzuhalten.

Die Kurden haben diese Rechnungen mit der Eroberung der kurdischen Kommunen seit 1999 durchkreuzt. Auch bei den letzten Parlamentswahlen im Juli 2007 hat die DTP trotz Wahlhürden, Wahlbetrug, Stimmenkauf und Aufnahme der unabhängigen Direktkandidaten auf die gemeinsame Stimmzettel es geschafft, mit 22 Parlamentariern ins türkische Parlament zu kommen und die erste kurdische Fraktion zu bilden. Wenn die Zehn-Prozent-Hürde nicht wäre, hätte die DTP weit über 50 Mandate errungen.

Viele in der Türkei behaupten, dass Erdogan und die AKP eine geheime Agenda haben. Ob dies richtig oder falsch ist, mögen andere beantworten. Ich weiß aber, dass sich die kurdischen legalen Aktivisten bis vor zwei, drei Jahren nicht traute, offen zur PKK zu stehen. Sie haben diesen Kurs aufgegeben und agieren seit dieser Zeit offen. Viele Mandats- und Amtsträger bekennen sich offen zu PKK. Sie lehnen es ab, die PKK als eine Terrororganisation zu bezeichnen. Weil es von der türkischen Justiz verfolgt wird, benutzen viele die Wörter „Herr Öcalan“, wenn sie vom PKK-Führer sprechen. Sie fordern offen, dass der kurdische Sender ROJ-TV nicht geschlossen wird.

Zu Recht sagen sie: „wenn wir wie alle anderen reden und denken, wo bleibt der Unterschied zwischen uns und wo bleibt unsere zu erfüllende Mission?“

(...) Ob wir wollen oder nicht, ist die DTP die kurdische Sinn Fein. Die Rolle, die die Sinn Fein bei der Lösung der Nordirlandfrage übernommen hatte, kann auch die DTP bei der Lösung der Kurdenfrage übernehmen.

Mit Verbotungsverfahren gegen die DTP, Verfahren zur Aufhebung der Immunität der gewählten Volksvertreter, Suspendierung der Bürgermeister, mit der Kriminalisierung und massenhaften



Verhaftungen der DTPler zeigt man ihnen den Weg auf die Berge und torpediert somit die noch bestehenden Brücken. (...)

Mit dem Terrorismusvorwurf kann die PKK nicht isoliert werden

(...) Fast alle Befreiungs- und Widerstandsbewegungen wurden von der Gegenseite als terroristisch bezeichnet. Für die Türkei, die EU und USA ist die PKK eine Terrororganisation, für die Mehrheit der Kurden aber eine Befreiungsbewegung. In Palästina, in Südafrika, in Ost-Timor und in Irland verhandelte man mit „Terroristen“, die später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden. Das heißt aber nicht, dass die PKK eine reine Wüste trägt und keine Fehler gemacht hat und gegenwärtig macht. Eine Lösungssuche, ohne den wichtigsten Konfliktpartner einzubeziehen, wird Tor und Tür für chaotische Entwicklungen öffnen.

Schon jetzt werden die kurdischen Studenten an den Universitäten angegriffen, die Parteibüros der prokurdischen DTP verwüstet, die kurdischen Saisonarbeiter an der Ägäis, am Schwarzmeer, Kurden in Bursa, Konya, Istanbul, Izmir, Mugla und Adapazari werden zu Opfern von Lynchversuchen. Die kurdischen Geschäftsleute werden terrorisiert und ihre Geschäfte boykottiert. Die Aufrufe, wie „Kauf nicht bei den Kurden!“ oder „Beschäftigt keinen Kurden!“ finden in der türkischen Gesellschaft Echo und Wiederhall.

Wenn ein Staat seine von der PKK entführten und später freigelassenen Soldaten unter dem Vorwurf des Verrats inhaftiert, wenn Minister öffentlich erklären, dass sie sich für die freigelassenen Soldaten nicht freuen können, dann kann man sich leicht ausmalen, was die Kurden zur Zeit in der Türkei erleben.

Auch in den Reihen der Kurden verbreitet sich der Wunsch nach Rache und Vergeltung. Seit einem Monat werden allabendlich in den türkischen Städten Autos in Brand gesetzt. Die stolzen

Türken, die ihre Autos mit türkischen Fahnen schmückten, entfernen sie nach dieser Welle eigenhändig, damit ihre Autos nicht geschädigt werden.

Wenn es so weiter geht, werden den Autos Häuser und Geschäfte folgen. Wenn einmal der Racheakt begonnen hat, kann man ihn schlecht kontrollieren. Angriff wird Gegenangriff, Rache wird Gegenrache, Gewalt wird Gegengewalt mit sich bringen und die Fackel für einen Bürgerkrieg entfachen.

Ist eine Lösung ohne Öcalan und die PKK vorstellbar?

Ohne Öcalan einzubeziehen, wird es in naher Zukunft sehr schwierig sein, bei der Kurdenfrage einen Durchbruch zu erzielen. Dies kann man aus den Forderungen der PKK in den letzten acht Jahren des öfteren entnehmen.

- Wie eine Lösung ohne Mandela in Südafrika,
- wie einen Durchbruch ohne Arafat in Palästina,
- wie eine Lösung ohne Ramos Horta in Osttimor,
- wie eine Lösung ohne Gary Adams in Irland nicht vorzustellen wäre, wäre es auch ohne Öcalan und die PKK schwer, sich einen Durchbruch und eine Lösung in der Kurdenfrage vorzustellen.

Die Europäer, die in Konferenzsälen mit den libanesischen Hisbollah verhandeln, die sich mit Talibanführern treffen, die lebenslänglich verurteilte Staatsterroristen à la Iran in Deutschland freilassen, dürfen eine massenhafte Bewegung wegen ihres Kampfes in ihrer Heimat nicht mit dem Vorwurf des Terrorismus beschuldigen.

Was fordert die PKK?

Anfang Dezember 2007 hat die PKK für die friedliche Lösung der Kurdenfrage innerhalb den Staatsgrenzen der Türkei erneut einen 7-Punkte-Plan auf den Tisch gelegt. Die Antwort der Türkei kam mit grenzüberschreitenden Bombardierungen der Stellungen der PKK und der kurdischen Siedlungen in Irakisch-Kurdistan.

Nach diesem Plan hat sich die PKK

bereit erklärt die Waffen niederzulegen. Hier sind die aktuellen Forderungen der PKK, die auch im Monitoring-Dossier behandelt und abgedeckt sind:

1. Anerkennung der kurdischen Identität und verfassungsrechtliche Garantie für alle Identitäten unter der Oberidentität „Türkei“.

2. Ermöglichung der freien Ausübung kurdischer Sprache und Kultur, Anerkennung des Rechts auf muttersprachlichen Unterricht, Anerkennung des Kurdischen als zweite offizielle Sprache neben Türkisch in der Region Kurdistan, ebenso die Achtung der kulturellen Rechte aller Minderheiten.

3. Auf der Basis von Meinungsfreiheit die Anerkennung des Rechts auf freie politische Betätigung und Organisation; Aufhebung aller sozialen Ungleichheiten in Verfassung und Gesetzen, insbesondere sexistischer Diskriminierung.

4. Als Projekte einer gesellschaftlichen Versöhnung eine gegenseitige soziale Amnestie beider Seiten, um Frieden und eine freie Einheit entstehen zu lassen, Freilassung aller politischer Gefangenen einschließlich Abdullah Öcalans, das Recht auf Partizipation am politischen und sozialen Leben.

5. Rückzug der Kräfte, die sich zum Zweck des Spezialkriegs in Kurdistan aufhalten, Abschaffung des Dorfschützersystems, Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Projekte, um eine Dorfrückkehr zu ermöglichen.

6. Für die Stärkung der Kommunalverwaltung eine Neufassung der entsprechenden Gesetze.

7. Parallel zu den genannten Punkten im Rahmen eines von beiden Seiten festgelegten Zeitablaufs eine stufenweise Niederlegung der Waffen sowie der Beginn der Teilnahme am legalen demokratischen und gesellschaftlichen Leben (ANF, 1.12.07, ISKU).

Die Türkei, die EU und USA fordern seit Jahren, dass die PKK die Waffen niederlegt. Nun ist sie erneut dazu bereit, aber keiner möchte die nach Frieden und Aussöhnung ausgestreckte Hand der Kurden ergreifen und dem Frieden eine Chance geben.

Bei einer friedlichen Lösungssuche können auch die kurdischen Parteien in Irakisch-Kurdistan und die kleineren legalen Parteien wie KADEP und HAK-PAR eine wichtige Rolle spielen. Weder der Alleinvertretungsanspruch der PKK noch der Terrorismusvorwurf der kleineren Parteien gegen die PKK sind bei einer friedlichen Lösungssuche dienlich.

Bei der Lösungssuche muss eines nicht vergessen werden. Wir müssen die Meinung der PKK nicht teilen. Wir müssen sie und ihre Organisationen nicht mögen und gut finden. Wir müssen sie aber respektieren und nicht darauf bestehen, dass sie die Gescheh-

nisse auf dieser Welt, in der Türkei und in Kurdistan wie wir lesen und beschreiben.

Einige Randnotizen zum Schluss:

1. Nehmen wir an, dass die PKK in irgendeiner Form besiegt würde, wie sich das viele Kreise auch hier in Europa wünschen. Was wird die Türkei für die Lösung der Kurdenfrage unternehmen? Wird sie die Kurden mit dem türkischen Volk gleichstellen, sich bereit erklären, ihre Macht mit den Kurden zu teilen? Die kurdische Sprache als zweite Amtssprache neben Türkisch einführen, Kurdisch in Bildung und Erziehung erlauben? Wird sie sich bereit erklären, den Kurden mindestens eine regionale Autonomie wie im Baskenland und in Katalonien zu gewähren?

Wer die Positionen und Vorschläge der Herrschaften in Politik, in Medien, in Kultur und Wissenschaft kennt, wird sagen, dass die Türkei sich mit halbstündigen Fernseh- und Rundfunksendungen, mit privaten Kurdischkursen begnügen wird. Und die kurdische Sprache darf weiter nicht im öffentlichen Leben, sondern nur in

privater Atmosphäre gesprochen werden. Dies unterstrich Erdogan erneut am 5. Januar 2008 in Diyarbakir und erteilte Forderungen nach Kurdisch in Bildung und Erziehung eine klare Absage. (Tagespresse, 5.1.08)

2. Die Zunahme des Rassismus und der Übergriffe auf die Kurden polarisieren beide Gesellschaften und verursachen eine Gegenreaktion bei den Kurden. Der Wille nach einem friedlichen Zusammenleben beider Völker nimmt in den letzten zwei bis drei Jahren rapide ab.

3. Die PKK hat bis jetzt zwar mit einigen Kollateralschäden aber ansonsten den Kampf kontrolliert geführt. Sie achtete darauf, dass die Beziehungen beider Völker nicht beschädigt werden. Wenn sie geschlagen wird, wird an ihre Stelle eine andere Gruppe auftreten und anfangen richtig Rache auszuüben und Terror anzuwenden. Für Brandanschläge und Molotowcocktails, für Bomben und Attentate braucht so eine Bewegung keine Tausende Kämpfer. Es genügt in jeder türkischen Stadt eine kleine Gruppe junger Kurden, die sich für so etwas bereit erklären.

Wie viele Kämpfer hatte die IRA und

hat die ETA? Hundert oder fünfhundert?

Wer chaotische Entwicklungen und einen Bürgerkrieg verhindern will, muss diese Gefahr von vornherein in Betracht ziehen und dementsprechend handeln. (...)

Man kann alles verbieten, man kann alles unterbinden. Man kann aber Menschen nicht daran hindern, zu träumen. Immer wieder wird es Bestrebungen geben, die Grenzen im Herzen Kurdistans endgültig aus der Welt zu schaffen. Was aber wünschenswert ist, ist ein friedliches Zusammenleben ohne Grenzen und Minenfelder, ohne Pässe und Zölle zu organisieren.

Ich habe geträumt und dies möchte ich auch mit ihnen teilen: Für eine solche Lösung, wie Israel den Palästinensern „Land gegen Frieden“ angeboten hat, werden Kurden der Türkei „Öl für Frieden“ anbieten und im Gegenzug zwei Teile von Kurdistan mit der Türkei in einer gleichberechtigten Föderation vereinigen.

In der Hoffnung der Erfüllung dieses Traumes danke ich ihnen für die Aufmerksamkeit.

(aus Platzgründen von der Redaktion gekürzt)

Buchbesprechung:

Mit „Lili Marleen“ im Camp Warehouse

Es war höchste Zeit. Auf ein Buch über die Krieger der Bundeswehr in Afghanistan hat die deutsche Öffentlichkeit schon lange gewartet. Achim Wohlgethan hat mit Dirk Schulze den Mut aufgebracht, die eigenen Erfahrungen als ehemalige Bundeswehrangehörige in Afghanistan niederzuschreiben. „Endstation Kabul“, ein Insiderbericht, hat auch gleich die Aufmerksamkeit der Medien in Deutschland gefunden. Allein schon wegen seiner Einmaligkeit. Locker geschrieben, ehrlich und einprägsam.

Der Autor gibt an, für jeden Einsatztag bei der internationalen Schutztruppe ISAF in Afghanistan zusätzlich zum regulären zum Sold auch eine Gefahrenzulage von 93 Euro bekommen zu haben; ihm war bekannt, dass der Einsatz der Bundeswehr in diesem Land dem Bundeswehrmandat widersprach und der militärische Auftrag darin bestand, „uns selbst im Bedarfsfall evakuieren zu können“; er fühlte sich und seine Kameraden von der Politik im Stich gelassen. Trotzdem tat er diszipliniert und einsatzbereit im Camp Warehouse seinen Dienst und lauschte täglich abends um 21.55 Uhr der melancholischen, schon bei den Nazis bekannten Melodie „Lili Marleen“, gesendet vom Soldatensender „Radio Andernach“. Während seines ersten Einsatzes

in Kabul wurde der Stabsunteroffizier der Bundeswehr Wohlgethan als Spezialist einer niederländischen Kommandoeinheit zugeteilt. Mit diesem Kommando operierte er nächtens nicht nur in Kabul, sondern auch außerhalb des Mandatsgebietes. Sein Kommando patrouillierte im Distrikt Paghman auf einem Berg bis auf 4.500 Höhenmeter. Er schildert, wie plötzlich acht bewaffnete Afghanen auftauchten und eine brenzlige Situation entstand. Gleichzeitig habe er für den Militärischen Abschirmdienst MAD gearbeitet, obwohl der zu dieser Zeit noch kein Mandat hatte, im Ausland tätig zu werden.

Nicht verknäuen konnte sich Wohlgethan zum Verhalten mancher seiner Vorgesetzten, die mitunter unnötiger Weise den Offizier heraus steckten und sich im „Kasernenhofstil“ gegenüber den Soldaten im Camp benahmen. Im Camp Warehouse gab es, z.B. wegen der Staubentwicklung sinnvoll, eine Verkehrsbeschränkung auf 15 km/h. Als er einmal mit nicht zulässigen 18 Stundenkilometern unterwegs war, kam er in eine Radarkontrolle. Er war im Camp von den Feldjägern der Bundeswehr „geblitzt“ worden. Es folgte zwar keine Bestrafung durch den Chef der Aufklärungskompanie, aber ein großes Donnerwetter.

Belustigend sind seine kritischen Bemerkungen zur Vorbereitung von Stippvisiten des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und anderer führenden Politiker im Camp Warehouse zu lesen. Geradezu nach einer wohl inszenierten Choreographie wurden

Achim Wohlgethan (mit Dirk Schulze): Endstation Kabul / Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht, Ullstein Buchverlage GmbH – Econ-Verlag, Berlin 2008, 304 Seiten, geb., 18,90 Euro, ISBN 978-3-430-20043-1

den Soldaten während der meist eintägigen Besuche Rollen zugewiesen. Es seien neue Wege angelegt worden, die üblicherweise mit bis zu 10 Mann belegten Zelte wurden kurzfristig auf nur zwei Mann reduziert und Tische wie in einem Hotel eingedeckt.

Der ausgebildete Hubschrauberpilot vom Fallschirmjägerspezialzug der „Division Spezielle Operationen der Bundeswehr“ gesteht freimütig, keinen Sinn mehr in seinem Einsatz zu sehen. Ihm wurde von Tag zu Tag in Afghanistan immer schlechter, „inwiefern ich Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigte“, wie Struck vollmundig erklärt hatte (S. 92).

Ein Buch, das eigentlich nicht nur in die Hand eines jeden Bundeswehrangehörigen gehört, dem ein Einsatz, oder wie jetzt vorgesehenen Kampfeinsatz, in Afghanistan in Kürze bevorsteht. Achim Wohlgethan schied am 16. Januar 2006 mit 39 Jahren nach einem zweiten Einsatz in Afghanistan, in Kundus, aus der Bundeswehr aus. Im Januar 2008 erschien sein packender Tatsachenbericht, mit einem autorisierten Blick hinter die Kulissen der Bundeswehr. Vielleicht gelingt es dem Econ-Verlag, den Autor zu einem zweiten Insiderbericht zu bewegen.

Franz-Karl Hitze

Alternativen zu Krieg und Besatzung Internationale Irak-Konferenz zum 5. Jahrestag des Krieges

Die Lage im Irak ist nach fünf Jahren Krieg und Besatzung katastrophal. Dies wird von niemandem mehr bestritten. Die Diskussion über die Ursachen konzentriert sich jedoch auf die Konflikte zwischen irakischen Kräften wie das Milizen-Unwesen, religiös motivierte Gewalt und Terroranschläge. Obwohl die Besatzung die zentrale politische Realität im Irak ist, spielt ihre beherrschende Rolle im westlichen Diskurs kaum eine Rolle.

Ein Schwerpunkt der Konferenz wird daher die Frage sein, in welchem Maße, die USA und ihre Verbündeten für die generelle Situation und das aktuelle, entsetzlich hohe Niveau der Gewalt verantwortlich sind – entsprechend dem Bericht „War and Occupation in Iraq“, den 30 international bekannte Menschenrechtsgruppen veröffentlicht haben.

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Erörterung möglicher Alternativen zur Besatzung und realistischer Ansätze für den anschließenden Aufbau eines stabilen und demokratischen Iraks. Vorschläge hierzu gibt es – von Seiten unabhängiger westlicher Experten ebenso wie von Seiten der irakischen Opposition gegen die Besatzung.

Die Konferenz wird u.a. getragen von: IPPNW, Bundesausschuss Friedensratschlag, Europäisches Friedensforum dt. Sektion, Internat. Versöhnungsbund dt. Zweig Vereinigung Demokratischer JuristInnen (VDJ), Liga für Menschenrechte, RAV, Attac AG Globalisierung & Krieg, Deutscher Freidenkerverband, Netzwerk Cuba, Iraq Veterans Against The War Germany, American Voices Abroad AVA – Military Project und AVA Berlin, sowie von Abgeordneten der Linksfraction im Bundestag.

Freitag 7. März

20 Uhr: Podiumsdiskussion „Der Krieg gegen den Terror“. Afghanistan, Irak, Iran – Strategie der USA und ihrer Verbündeter im Nahen und Mittleren Osten. Moderation: Eckart Spoo.

Samstag 8. März

9.30 Uhr: Begrüßung und Einleitung. 10 Uhr: Bilanz von fünf Jahren Besatzung. Moderation: Andreas Zumach
13 Uhr: Besatzung, Bürgerkrieg, Terror – Ursachen der Gewalt. Moderation: Rolf Becker, Schauspieler
16.30 Uhr: Lösungsansätze für ein Ende der Besatzung. Moderation: Birgit Wentzien – SWR1 Hauptstadtstudio und Martina Doering, Berliner Zeitung.
Anschließend: Podiumsdiskussion. Dr. Khair El-Din Haseeb, Hans v. Sponeck, Dennis Kucinich, Gael Murphy

Sonntag 9. März

10 Uhr: Projektgruppen. Deutsche Beteiligung. Warum ich gegangen bin – Erfahrungen im Krieg. U.a. mit Chris Capps, ehem. Fernmeldetechniker in Camp Victory und Clifton Hicks, ehem. Lieutenant in Bagdad, beide sind bei den Iraq Veterans Against the War (IVAV)
Hilfe von unten – praktische Solidarität. Wege aus dem Krieg. Prof. Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie und Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS)
12.30 Uhr: Abschlussplenum

Mehr unter: www.irakkonferenz2008.de

1./2. März. Berlin. Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei. Themen: Tarifaueinandersetzung 2008 (Margret Mönig-Raane) – Das Flexecurity-Konzept der EU (Klaus Dräger GUE/NGL) – IG Metall Projekt „Gute Arbeit“ (Günter Kasch) – Kampagne gegen die Rente ab 67 (Michael Schlecht). Einladung und Anmeldung unter www.die-linke.de, Termine

1./2. März. Berlin. Bundestreffen der AG Bildungspolitik der Linkspartei. Thema u.a.: Bildungspolitische Herausforderungen nach den Wahlkämpfen in den Ländern. Einladung und Anmeldung unter www.die-linke.de, Termine

7. März bis 9. März. Berlin. Irak-Konferenz 2008 (aus Anlass des 5. Jahrestages des Irak-Krieges. Humboldt-Uni, Fritz-Reuter-Saal. Veranstalter u.a. Friedensratschlag, IPPNW. Näheres: www.irakkonferenz2008.de

20. bis 24. März. Traditionelle Ostermarschaktionen der Friedensbewegungen.

26. April. Augsburg/Gersthofen. Landesparteitag der Partei die Linke Bayern.

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

24./25. Mai. Ort noch offen. 1. Parteitag der Partei Die Linke.

31. Mai. München. 59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	4.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Kommunal	28.9.	5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html